

Er scheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverarbeitungsindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 8 .: 28. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 10b .: Telefon: Amt Morichplatz, 2120

Berlin, den 20. Februar 1914

Inhalt: Vertragsleistung. — Redaktionsnotiz. — Streit-
noligen. — Aus der Praxis, für die Praxis. — Der deutsche
Arbeiterkongress im Jahre 1912/13. — Der Tarifvertrag I. —
Arbeits- und Tarifvertrag. — Zur Frage des Frauenwahlrechts.
Gewerkschaften und Einwanderung. — Jahresbericht des
Gaus Berlin. — Aus den Jahresberichten der Orts-
verwaltungen. — Sitzung der Schlichtungskommission der
Berliner Militärbranche. — Streits und Lohnbewegungen.
— Aus unserem Bereiche. — Aus Industrie und Handel.
— Korrespondenzen. — Rundschau. — Bücherchau. —
Bestimmungen des Zentralvorstandes. — Versammlungs-
kalender. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendvormittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 22. bis 28. Februar
ist der 9. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Aus Zweckmäßigkeitsgründen werden die
Kollegen in ihrem eigensten Interesse ersucht,
bei Arbeitsaufnahme in anderen Städten sich zu-
vor bei der dortigen Ortsverwaltung zu er-
kundigen.

Berlin. Die Kofferfabriken Zimmermann
u. Maerten, Berlin, Engelufer 1 b, und Rudolf
Zimmermann in Werder a. S. sind für alle
Kofferarbeiter gesperrt.

Dresden. In den Hofmann-Linke-Werken
sind auch die Sattler ausgesperrt, weshalb wir
vor Zugang warnen.

Bern (Schweiz). Hier stehen die Sattler
wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen im
Streik. Zugang ist fernzuhalten!

Aus der Praxis, für die Praxis.

Die Verwaltungsstellen unseres Verbandes haben
jezt in den Jahresversammlungen neben der Er-
stattung der Geschäftsberichte auch die Funktionsar-
beiten erledigt, in denen zum guten Teil die bis-
herigen Kollegen, zum anderen Teile neue Männer
mit den wichtigen Ämtern betraut wurden. Fast
alle Berichte lassen den üblichen Einfluß der wirt-
schaftlichen Krise erkennen; die Mitgliederzahl sta-
griert oder ist zurückgegangen, wohingegen die An-
forderungen an die Verbandskasse wesentlich gestie-
gen sind. Ueber den Verlauf der Versammlungen
sowie über die Mitarbeit, richtiger gesagt Nichtmit-
arbeit der Kollegen an der Erledigung der Geschäfte
und der Propaganda für den Verband, wird allent-
halten lebhaft Klage geführt. Es wäre unbetan-
wortlich gehandelt, wollten wir diese Mängel wort-
los und untätig passieren lassen, ohne uns darüber
zu äußern, wie sie zu beheben sind. Dabei wollen
wir nicht in den Fehler dieser Versammlungsleiter
verfallen, die bei Beginn jeder Versammlung den
schlechten Besuch rügen und den Anwesenden ihre
Missbilligung aussprechen, obgleich die, denen diese
Mahnung gilt, sie doch nicht hören. Diese stereotypen
Wiederholungen erfüllen nicht den gewollten Zweck,

sind im Gegenteil eher geeignet, die wenigen Ver-
sammlungsbesucher noch ganz zu verschrecken.
Andererseits sind wir die letzten, die die Ausreden
der Verammlungsschwänzer und der Kurbeitrags-
zahler anerkennen oder gar gutheißen. Wir ver-
langen von allen Mitgliedern unseres Verbandes,
daß sie sich an den notwendig zu erledigenden Ar-
beiten für den Verband und damit für sich selbst
auch beteiligen. Alle Mitglieder sollen es als be-
schämend empfinden, andere für sich aufopfern zu
lassen, ohne selbst einen Finger zu rühren. Wenn
jeder einzelne bestrebt ist, allmonatlich nur einen
Abend seinen wirtschaftlichen Interessen zu widmen,
genießt ein doch sehr bescheidenes Verlangen, dann
hören bald alle Klagen über schlechte Beteiligung am
Verbandsleben auf. Der kollegiale Austausch ver-
schiedener Meinungen, das Bestreben, die Ortsver-
waltung über gewerbliche Vorgänge am Orte in
Kenntnis zu setzen, die Stellungnahme aller Berufs-
genossen zu Fragen im Arbeitsverhältnis, das An-
hören belehrender Vorträge muß jedem einzelnen
zum Herzensbedürfnis werden. Wir sind uns be-
wußt, daß mit dem Aufstellen dieser selbstverständ-
lichen Grundsätze wir ihrer Verwirklichung durchaus
noch nicht näher gerückt sind. Sie in die Tat umzu-
setzen, ist in erster Linie eigene Angelegenheit der
Kollegen selbst.

Wie kommen wir aber diesem Ziele näher? Von
der Voraussetzung ausgehend, daß die Werkstatt-
oder Betriebsorganisation die Grundlage jedes Ver-
bandes ist, ist es empfehlenswert, wenn die Arbeiter
und Arbeiterinnen eines Betriebes, gleichgültig ob es
sich um Werkstatt- oder Heimarbeiter handelt, sich ver-
pflichten, allmonatlich einmal, an im voraus festge-
setzten Tagen, gemeinschaftlich in Betriebsversam-
mlungen zusammenzukommen. Hier kann jeder einzelne
seine Beschwerden und Wünsche ohne Scheu ob seines
mangelnden Redotalentes vorbringen. Hier können
Verbesserungen im Arbeitsverhältnis in Vorschlag ge-
bracht, Anregungen zur Beseitigung von Mißständen
gegeben und erst. Forderungen in bezug auf Ver-
besserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen aufge-
stellt werden. Für größere Betriebe sind die Wahlen
zum Arbeiterausschuß vorzubereiten, Lohnkommissio-
nen zur Festsetzung der Akkordsätze zu wählen, die
Akkordlöhne der Heim- und Werkstattarbeiter ob ihrer
Gleichartigkeit zu vergleichen und für jeden Betrieb
ein Vertrauensmann zu wählen, der das Bindeglied
zwischen den Kollegen und der Organisationsleitung
bildet.

Der Arbeiterausschuß ist eine Vertretung der Ar-
beiter gegenüber dem Unternehmer. Er muß von
volljährigen Arbeitern des Betriebes in unmittel-
barer und geheimer Wahl gewählt werden. Seine
Funktionen sind in den einschlägigen Bestimmungen
der Gewerbe- und Arbeitsordnung festgelegt. Es
ist ratsam, nur solche Kollegen mit diesen Ämtern
zu betrauen, von denen feststeht, daß sie rüdigstest
sind und in verhältnismäßiger Weise die Interessen ihrer
Mitarbeiter vertreten.

Die Lohnkommission hat die Aufgabe, bei Neu-
festsetzung der Akkordlöhne einzugreifen. Dazu ist
notwendig, sich mit den Arbeitern vorher durch Um-
frage zu verständigen und Vergleiche mit bisher
eingeführten Akkordlöhnen anzustellen. Die auf diese
Weise ermittelten Akkordsätze sind in der Betriebs-
versammlung zur Beratung zu stellen und dem
Unternehmer vorzulegen. Selbstverständlich muß die
Lohnkommission mit der Befugnis ausgestattet sein,
die Löhne auch endgültig mit dem Unternehmer zu
vereinbaren. Ergeben sich hierbei größere Diffe-

renzen, so muß die Betriebsversammlung nochmals
dazu Stellung nehmen. Kann die Lohnkommission
dann keine Einigung erzielen, so muß, wo die Tarife
darüber Bestimmungen enthalten, die Schlichtungs-
kommission das entscheidende Wort sprechen. In den
allermeisten Fällen wird sich aber die Sache so ab-
wickeln, daß ohne Eingreifen der letztbenannten
Instanz eine Einigung möglich wird. Dann hat die
Lohnkommission darauf zu achten, daß die verein-
barten Akkordsätze in einem besonderen Verzeichnis
aufgeführt werden, das allen Arbeitern jederzeit und
unbemerkelt zur Verfügung steht. Voraussetzung ist,
daß nur solche Kollegen in Lohnkommissionen ge-
wählt werden, die auch den zu kalkulierenden Artikel
kennen. Im Zweifelsfalle ist die Brandenleitung
heranzuziehen.

Der Werkstattvertrauensmann wird oftmals
als das „Mädchen für Alles“ angesehen. Er soll
nicht nur die Beiträge einsammeln und die
Verbandszeitung austreten, er soll auch der
Laufbürsche oder Hausdiener der Kollegen sein.
Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, wenn
sich so viele Kollegen vor diesen wichtigsten Ämte-
bräuden, welches die Kollegen und die Organisation zu
vergeben hat. Der Vertrauensmann soll in erster
Linie vertrauenswürdig sein. Er soll das Vertrauen
seiner Mitarbeiter und das der Organisation voll
und ganz genießen. Als Mittelsperson zwischen
seinen Kollegen und dem Verbande soll er den Ver-
band ständig über die Verhältnisse seines ihm anver-
trauten Betriebes im Laufenden halten, andererseits
soll er alle wichtigen Mitteilungen des Verbandes
seinen Kollegen übermitteln. Der Vertrauensmann
muß seinen Mitarbeitern gegenüber ein Vorbild
fleißiger Pflichterfüllung sein, dann wird er sich
auch die Achtung des Unternehmers erringen und
sein Wort wird immer Geltung haben. Ohne den
jüngeren Kollegen zu nahe zu treten, halten wir
es für ratsam, wenn ein älterer, im Betriebe längere
Zeit beschäftigter Kollege mit diesem wichtigen Amte
betraut wird. Wenn er dann in dem hier geschild-
erten Sinne sein Amt ausübt, werden auch die
Kollegen ihm die Achtung entgegenbringen, die ihm
für seine aufopfernde Tätigkeit gebührt.

Ueber den Wert der Werkstattbesichtigungen haben
wir bereits das Nötige gesagt.

Um ihren Beschlüssen den richtigen Nachdruck
zu verleihen, empfehlen wir folgende Richtlinien
zu respektieren:

1. Werkstattversammlungen sind in der Regel
mindestens zwei Tage vor ihrem Stattfinden
den Kollegen bekanntzugeben.
2. Alle Kollegen und Kolleginnen sind verpflichtet,
die unter Ziffer 1 anberaumten Werkstattver-
sammlungen zu besuchen.
3. Alle mit Zustimmung der Brandenleitung
bzw. der anwesenden Organisationsvertreter
gefaßten Beschlüsse sind von allen Kollegen
und Kolleginnen des Betriebes zu respek-
tieren, für die sie gefaßt worden sind. Zur An-
nahme von Beschlüssen genügt einfache Ma-
jorität.
4. Die Werkstattbeschlüsse sind auch für die Kol-
legen und Kolleginnen bindend, die an der
Beschlusfassung nicht teilgenommen haben
oder der Werkstattbesichtigung ferngeblieben sind.
5. Wissentliche Verstöße gegen Werkstattbeschlüsse
werden wie Verstöße gegen statutarische Be-
stimmungen unseres Verbandes geahndet.
6. Beschwerden gegen Werkstattbeschlüsse sind
innerhalb 8 Tagen nach ihrer Annahme schrift-

lich und mit schriftlicher Begründung an die
Verbandsleitung oder wo eine solche nicht be-
steht an die Kreisverwaltung zu richten.

In regelmäßigen Zeitabständen müssen die
Verbandsvertragsmitglieder von der Kreisverwaltung
zu Vertrauensmännertagen anzuwachen
werden, in denen zu allen der wirtschaftlich inter-
essierenden Fragen, wie Lohnbewegung, Statistik,
Wahlen usw. Stellung genommen wird und ge-
eignete Vorschläge gemacht werden.

Die Mitglieder- und Vorstanderversammlungen,
auf diese Weise vom rein geschäftlichen Charakter
befreit, werden durch belehrende Vorträge inter-
essant gehalten und sich bald der Zuneigung aller Ver-
bandsmitglieder erfreuen. Verwaltungsräten mit
nur geringer Mitgliederzahl können ebenso wie die
großen wissenschaftliche Vorträge halten lassen. Die
örtlichen oder Bezirksvereinigungen werden
gerne bei der Auswahl geeigneter Referenten behilf-
lich sein. Man anz finanziellen Gründen eine Ver-
waltungsratsverwaltung allein sich den Karus solcher Ver-
sammlungen nicht leisten, so ist ein Zusammengehen mit gleich-
artig gehaltenen Organisationen dringend zu empfeh-
len. Der Vortragende spricht dann vor einem größeren
Zuhörerkreis und die Kosten für den einzelnen Ver-
band sind nur gering. Keinesfalls ist den Ver-
sammlungen für das ganze Jahr im voraus festzu-
legen und für das Sommer- und Winterhalbjahr
die Referenten zu bestellen. Den Generalversam-
lungen bleibt es vorbehalten, die Berichte der Ver-
waltung und Kommissionen entgegenzunehmen und
darüber zu diskutieren, überhaupt den geschäftlichen
Teil zu erledigen.

Von Zeit zu Zeit wird sich aus agitatorischen
Gründen das Abhalten von öffentlichen Versam-
lungen notwendig machen. Diese sind jedoch nur er-
folgsprechend, wenn alle Mitglieder es sich ange-
legen sein lassen, für einen guten Zweck dieser Ver-
sammlungen Propaganda unter den organisierten
und nichtorganisierten Berufsgenossen zu machen,
und wenn ihnen eine systematisch vorbereitete Haus-
agitation vorangeht, der sich kein pflichtbewußter
Kollege entziehen kann.

Wenn alle diese Zusammenkünfte und Arrange-
ments gut vorbereitet werden, wenn die Versam-
lungen nicht länger als 2 bis 2½ Stunden dauern,
der Alkohol- und Nikotingenuß auf das Mindestmaß
eingeschränkt wird, dann steht außer Zweifel, daß die
Vereinigung am Verbandenleben reger und der Ver-
sammlungsbegeisterung gehoben wird. Allerdings werden die
Flauen und Faulen arg in Verlegenheit gesetzt, denn
fristige Gründe, um ihr Fernbleiben zu entschuldigen,
sind doch mit der Verwirklichung dieser Vorschläge nur
noch mit geringen Entschuldigungen verknüpfbar.

Ergleich auf diesem Gebiete neues überhaupt
nicht gesagt werden kann, haben wir es doch unter-
nommen, eigentlich Selbstverständliches in gedrängter
Form zusammenzufassen, was vielen Verwaltungs-
stellen und noch viel mehr den Mitgliedern als Richt-
linien dienen kann. Gewiß steht ihnen nicht eine
dem Stein der Weisen angelegte überirdische Kraft
zu, wodurch alle bisher gerügten Uebelstände im
Verbands- und Vereinsleben auf einem
Schlage beseitigt werden können. Den Mit-
gliedern bleibt es vorbehalten, die toten Buch-
staben mit ihrem eigenen Geiste zu beleben und
mehr als bisher sich in den Dienst ihrer eigenen
Sache und damit auch der Allgemeinheit zu stellen.
Die Kreisverwaltungen werden dann ebenfalls mit
noch mehr Lust und Liebe die ihnen obliegenden
Pflichten erfüllen und bald aufhören, über man-
gelmäßiges Interesse und schlechten Versammlungsbe-
such zu klagen. Auf diese Weise bildet sich ein gutes
Verhältnis zwischen Leitung und Mitgliedern heraus,
beide Teile sind ständig von allen Vorgängen im
beruflichen Leben unterrichtet, sie können zeitig genug
Maßnahmen treffen, um Verschlechterungen im Ar-
beitsverhältnis abzuwehren und Verbesserungen in
bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen anzu-
streben.

Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1912.*)

II.

Die Gewerbe- und Bergaufsichtsbeamten haben
1912 294 792 Revisionen ausgeführt (1911: 292 756).
Die Anzahl der Revisionen war in der Gesamtzahl
um 12 038 höher als 1911, bei den Bergaufsichts-
beamten jedoch um 410 niedriger. 3746 Revisionen
aus 1,3 Proz. fanden in der Nacht und 6750 oder
2,3 Proz. am Sonn- und Feiertagen statt. Revidiert
wurden 200 102 Betriebe (1911: 190 140), davon
168 201 einzeln (1911: 159 136), 21 347 zweimal
(1911: 20 829), 10 564 dreis- und mehrmal (1911:
10 175). In den revidierten Betrieben waren
6 158 504 Arbeiter beschäftigt, davon 4 557 905 er-
wachsene männliche, 1 145 754 erwachsene weibliche
Arbeiter, 489 180 Jugendliche von 13 bis 16 Jahren
und 11 256 Kinder unter 14 Jahren. Es stieg gegen
1911 das Prozentverhältnis der revidierten Arbeiter

von 83,9 auf 84,6 Proz., also um 0,7 Proz. Aug-
erkennt man, daß die prozentuale Zunahme bei den
schon bedauerten Arbeitern, weiblichen, jugendlichen
und Kindern, am größten ist. Da aber gerade diese
Kategorien noch immer am wenigsten revidiert wer-
den, wären noch größere Fortschritte notwendig.
Das noch sehr schlechte Verhältnis beweisen, ist dar-
aus zu ersehen, daß von den in Betracht stehenden be-
schäftigten Arbeitern nur 32,4 Proz. revidiert wur-
den. Hier war es 1911 noch schlimmer; denn es
wurden nur 29,7 Proz. der Kinder revidiert, 1912
dagegen 41,5 Proz. Auch in den Bäckereien und
Konditoreien ist das Revisionsverhältnis besser ge-
worden. Sehr schlecht sieht es dagegen noch in den
Konfektionsbetrieben und im Malergewerbe aus, wo
nur 47,1 Proz. und 43 Proz. der Arbeiter revidiert
wurden. Es berührt eigenartig, daß gerade die
Betriebe, in denen erfahrungsgemäß die meisten
Zusammenstöße vorkommen, prozentual am
wenigsten revidiert werden, wie ja überhaupt die
Kleinbetriebe nicht allzu viel von der Aufsicht zu
spüren bekommen.

Außer den auf Grund der allgemeinen Bestim-
mungen der Gewerbeordnung den Aufsichtsbeamten
unterstellten Betrieben sind vom Bundesrat für 13
Betriebsarten besondere sanitäre Schutzbestimmungen
erlassen worden, deren Uebersicht ebenfalls
den Gewerbeaufsichtsbeamten obliegt. Hierfür
kamen 147 655 Betriebe mit 349 419 Arbeitern in
Betracht (1911: 145 508 Betriebe mit 345 216 Ar-
beitern). Revidiert wurden von ihnen nur 28 401
Betriebe oder 19,2 Proz. mit 70 274 Arbeitern oder
20,1 Proz. 1911 wurden revidiert 26 397 Betriebe
oder 18,1 Proz. mit 60 443 Arbeitern oder 17,5 Proz.
Der beklagenswerte Mißstand, daß rund 80 Proz.
dieser Betriebe und Arbeiter nicht revidiert werden,
bezieht also weiter, und wenn nicht die Arbeiter
ganz energisch die Einhaltung der Schutzbestimmungen
überwachen, stehen diese nur auf dem Papier.

Von den 147 655 Betrieben waren 58 105 oder
39,3 Proz. Bäckereien und Konditoreien, 55 673 oder
37,7 Proz. Gast- und Schankwirtschaften, 24 004 oder
16,3 Proz. Maler-, Lackierer- und Anstreicherwerk-
stätten sowie 7774 oder 5,3 Proz. Ziehmühle- und
Zementmüllereien. Der Arbeiterzahl nach sind am be-
deutendsten die Gast- und Schankwirtschaften mit
162 326 oder 46,5 Proz., die Bäckereien und Kon-
ditoreien mit 98 480 oder 28,2 Proz., die Maler-,
Lackierer- und Anstreicherwerkstätten mit 66 208 oder
18,9 Proz.

Die Unfalluntersuchungen haben eine
erhebliche Zunahme aufzuweisen; sie sind nach und
nach von 26 346 in 1907 auf 35 664 in 1912 gestiegen.
Man sieht, daß dieser Teil der Tätigkeit der Auf-
sichtsbeamten einen immer größeren Umfang an-
nimmt.

Jugendbeschwerden sind 1912 von den Ge-
werbeaufsichtsbeamten wieder weniger festgestellt
worden, ebenso wie dies 1911 der Fall war. Er-
mittelt wurden 21 434 Fälle in 15 363 Betrieben oder
9 Proz. der revidierten Betriebe. 1911 waren es
22 944 Fälle in 16 601 Betrieben oder 10,2 Proz.
Dieser anscheinende Fortschritt verliert ganz wesent-
lich an Bedeutung bei Betrachtung der vorgekom-
menen Fälle. Dann ergibt sich, daß nur die Form-
vergehen (verzeihrlich Arbeitsbücher, Anzeigen, Aus-
sänge usw.) abnahmen von 18 136 auf 16 508, also
um 1628 Fälle. Dagegen stiegen die schwereren
Vergehen um 118 Fälle oder 2,5 Proz., von 4808 auf
4926. Da diese letzteren für den eigentlichen Ar-
beiterschutz weit mehr in Betracht kommen, sieht das
Bild schon wesentlich weniger erfreulich aus.

Bestraft wurden nur 2075 Personen. Hierbei
zeigt sich immer wieder aufs neue, daß Uebertretun-
gen der Unternehmer viel seltener beurteilt werden,
als dies bei den Arbeitern der Fall ist. Wenn häufig
trotz wiederholter Hinweise der Aufsichtsbeamten
immer wieder gesündigt wird und dann erst lächer-
lich geringe Strafen verhängt werden, so dient das
nicht dazu, den Anordnungen der Beamten bei den
Unternehmern mehr Respekt abzugewinnen. Der-
artige Fälle sind aber in den Berichten der Gewerbe-
aufsichtsbeamten sehr oft erwähnt. Ja, manchmal
scheint es, als ob die sonstige richterliche Praxis,
Vorfälle härter zu bestrafen, bei Uebertretungen
der Arbeiterschutzbestimmungen eine gegenteilige An-
wendung fände; denn auch solche Fälle sind
aus den Berichten nachzuweisen. Meistens werden
diese Gesetzesverdrähter außerst milde, und zwar mit
geringer Geldstrafe bestraft. Ein Unternehmer,
der wochen- und monatlang Jugendliche oder Kin-
der länger als gesetzlich zulässig beschäftigt, hat oft
mehr verdient durch die Mißachtung des Gesetzes, als
die Strafe ausmacht. Es sind dann solche Uebertretun-
gen für die Unternehmer glatte Geschäftse, und das
wird auch nicht eher anders werden, als bis die
Strafen mit den Uebertretungen besser in Einklang
gebracht werden. Auch die Erhöhung der Gesetzes-
bestimmungen sind in den Landesstellen ganz ver-
schieden. Es gilt wohl überall das gleiche Recht, und
doch ist es nicht dasselbe.

Arbeiterinnenbeschwerden wurden 12 000 er-
mittelt, 1911: 14 125. Die Zahl ist demnach um 2125
geringer. Auch hier sind die meisten Zuschriften
sogenannte Formvergehen, nämlich 8818.
Sie hatten gegen 1911 eine Abnahme um 1392, die
anderen Vergehen um 823. Insgesamt ist das
Verhältnis in den Gewerben, für die Schutzvorschriften
des Bundesrats erlassen sind. Hier nahmen die
Verletzungen um 64 Fälle zu und wurden hier-
von 277 Personen mehr betroffen. Man erhebt
daraus, wie notwendig es ist, gerade diese Vergehen
mehr zu revidieren. Leider werden aber gerade sie
diesbezüglich sehr vernachlässigt.

Im Jahre 1912 kamen in 5,5 Proz. der re-
vidierten Betriebe Verletzungen vor; 1911 waren es
noch 6,6, 1910: 8,8 Proz. Ten höchst ein Prozentig
der Verletzungen, in denen Vergehen festgestellt wurden,
weisen noch immer das Meinungsgegenerte mit 17,1
(1911: 19,3) und das Verletzungsgegenerte mit: 16,2
(1911: 18,5) auf, davon in der Kleider- und Wasche-
konfektion 18,8 (1911: 20,3).

Aus den Verletzungen könnte man auf ein
schärferes Vorgehen schließen; denn während 1911
bei 14 125 Vergehen in 10 718 Betrieben 1907 Per-
sonen bestraft wurden, kamen 1912 auf 12 000 Ver-
gehen, das sind 2125 weniger, in 9422 Betrieben
(1906 weniger) 1094 Verurteilungen, also 87 mehr.
Singszahlen sind nach 1911: 310 für Vergehen aus
dem Vorjahre bestrafte Personen gegen 262 in 1912.
Es schwebten 1912 noch 274 Strafverfahren, 1911
dagegen 291.

Auch bei den Arbeiterinnenbeschwerden in
milde Verurteilung ist. Daß diese Milde durchaus
nicht am Platze ist, erhebt man daraus, daß in den
Staaten, wo am wenigsten Verurteilungen vorfallen,
gewöhnlich prozentual die meisten Vergehen ermittelt
wurden. Die in den geringen Verurteilungen zum
Ausdruck kommende außerordentlich milde Beur-
teilung von Uebertretungen der Unternehmer müssen
immer wieder hervorgehoben werden als Beweis
dafür, daß es viel notwendiger ist, hier Wandel zu
schaffen, als die ohnehin außerordentlich harten Ver-
urteilungen für Vergehen von Arbeitern im Kampfe
um mehr Licht, Luft und Brot noch zu verschärfen.

Der Tarifvertrag.

Der bekannte Sozialologe Rechts-
anwalt Dr. Singheimer hielt im Frank-
furter Arbeiter-Bildungs-Ausschuß vier
Vorträge über den Tarifvertrag. Bei
der Wichtigkeit des Themas und der
führenden Stellung des Referenten in
diesen Fragen glauben wir, unseren
Lesern den Inhalt der Vorträge in
einem kurzen Auszug bekannt geben zu
sollen. Ann. der Redaktion.

I.

Wenn wir uns ein Urteil über die Bedeutung
der Tarifverträge bilden wollen, müssen wir von
dem ausgehen, was tatsächlich und rechtlich ist. Wir
sehen vor allem, daß die Tarifverträge in Deutsch-
land sich außerordentlich vermehrt haben. Während
wir im Jahre 1907 nur rund 5000 Tarifverträge ge-
zählt haben, sind diese Tarifverträge im Jahre 1912
(im letzten Berichtsjahre der Tarifstatistik) auf rund
10 000 angewachsen. Diese Tarifverträge erfassen
heute 208 307 Betriebe und 1 999 579 Personen. Also
rund 2 Millionen Menschen sind heute von der
Tarifvertrags-Entwicklung in Deutschland erfasst, d. h.
sie sind berührt von dem Gedanken der Gleichberech-
tigung bei der Festsetzung der Arbeits- und Lohn-
bedingungen, den eben der Tarifvertrag vertritt.
England hat nur 1600 Tarifverträge, denen aber
rund 2 500 000 Personen unterworfen sind, also über
½ Million mehr als in Deutschland. Ein Zeichen
dafür, daß offenbar in England der Tarifvertrag auf
erhöhter, tarifrechtlicher Stufe steht, d. h. viel mehr
zentralisiert und ausgebaut ist, als bei uns in
Deutschland. Es ist sehr bezeichnend, daß dann wieder
das Land, das am wenigsten entwickelte gewerkschaftliche
Bewegung und sozialistische Argumentationen aufweist,
nämlich Frankreich, eines der
tarifstärksten Länder ist.

Es gibt in Deutschland keine Gewerkegruppe
mehr, die nicht irgendwo härter oder schwächer von
dem Tarifvertragsprinzip erfasst ist, beziehungsweise
mit einer Ausnahme. Während wir in Eng-
land im Vergleich Tarifverträge haben, haben wir in
Deutschland keine Tarifverträge im Bergbau. Wir
sehen also an dieser Tatsache, daß Tarifverträge im
Bergbau sehr wohl möglich sind, wenn es auch in
Deutschland von Arbeitgebersseite noch bestritten wird.

Am härtesten erfasst von dem Tarifgedanken ist
das Buchdruckgewerbe; 86 Proz. aller im Buchdruck-
gewerbe beschäftigten Personen sind tarifgebunden.
Das zweite Gewerbe, das hinter dem Buchdruck-
gewerbe kommt, ist das Baugewerbe. Da zeigt sich
das Verhältnis 47 Proz. zur Zahl der überhaupt im
Baugewerbe beschäftigten Personen. Die neueste amtliche
Statistik, die jüngst erschienen, ergibt die über-

* Fortsetzung aus Nr. 6, 1914.

raschende Tatsache, daß von allen tarifgebundenen Personen die Hälfte in Betrieben beschäftigt werden, die zu den großen und größten gerechnet werden. Während 1908 die Denkschrift noch sagen konnte, daß die Tarifverträge die Grenzen des Handwerks noch nicht überschritten haben, heißt es jetzt in der Statistik des Reichs-Arbeitsblattes: „Die Mehrheit aller Personen dagegen gehört zu Tarifgemeinschaften, bei denen auf einen Betrieb durchschnittlich mehr als 20 Personen entfallen. Daraus ist zu schließen, daß die Mehrzahl aller durch die am 31. Dezember 1912 bestehenden Tarifverträge gebundenen Personen zu Betrieben gehört, die keinen handwerksmäßigen Charakter mehr tragen.“

Wir unterscheiden vier Formen des Tarifvertrages.

1. Der Firmen tarif. Das ist derjenige Tarif, der nur gilt für eine oder mehrere bestimmte Firmen.
2. Der sogenannte Orts tarif, der gilt für eine Stadt; z. B. für die Bäckereiarbeiter von Frankfurt a. M., so daß dieser Tarif für alle jetzt bestehenden und noch hinzukommenden Firmen gilt.
3. Kommt dann der Bezirks tarif, das ist der Tarif, der sich über die Stadt ausdehnt, auf Bezirke, Provinzen und ganze Territorien, der überhaupt einzelne Firmen gar nicht mehr sieht.
4. Die höchste Stufe ist der Reichs tarif und fast schon dahinter der große Welt tarif, der, so utopisch er heute noch scheinen mag, doch nicht so ganz ausgeschlossen ist.

Der Tarifvertrag hat die Tendenz, über die einzelnen Fabrikate hinauszuwachsen, über Orts- und Bezirksvertrag, um Gewerbezweige zu werden, alle Beziehungen des gewerblichen Lebens zu ergreifen, nicht nur die Arbeits- und Lohnbedingungen des einzelnen Betriebes zu regeln, sondern das Gewerbe überhaupt.

Betrachten wir das Verhältnis der Organisationen zu den Tarifverträgen, so finden wir die außerordentlich wichtige Tatsache, daß es fast keinen Tarifvertrag mehr gibt, wo nicht auf Arbeitnehmerseite eine Organisation der Träger des Tarifgebantens wäre. Die Organisationen haben heute die Tarifverträge in der Hand. Von den 10000 Tarifverträgen in Deutschland sind nur drei ohne Organisation abgeschlossen. Sie sind praktisch so gut wie erledigt. Die Organisationen auf Arbeitnehmerseite sind die Schöpfer und Träger des Tarifvertrages.

Bei dieser Gelegenheit ist es ferner wichtig, festzuhalten, daß die Tarifverträge in denjenigen Gewerben mit nachgewiesenermaßen starken Organisationen am zahlreichsten und am besten ausgebaut sind. Also starke und gute Tarifverträge, wo die Organisationen stark, dagegen schwache Verträge, wo die Organisationen schwach sind.

Dabei zeigt sich, daß nicht nur auf Arbeitnehmerseite die Organisation die große Rolle spielt, sondern im wachsenden Maße die Arbeitgeberorganisation ein Gegenkontrahent bildet. Wenn wir auch noch viele Tarifverträge haben, wo die einzelnen Arbeitgeber oder der einzelne Arbeitgeber den Tarifvertrag abschließt, so zeigt sich doch in wachsendem Maße die Tendenz, daß an Stelle des Arbeitgebers der Verband tritt, der die Interessen des einzelnen wahrnimmt und so macht also die eigentliche Form des zukünftigen Tarifvertrages, derjenige Tarifvertrag heran, wo auf beiden Seiten Kampforganisationen stehen, die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wenn nicht alles täuscht, ist die Zukunft des Tarifgebantens der zweiseitige Verbandstarif, wo also auf zwei Seiten die Organisationen stehen und fast hebt sich wie ein mögliches Zukunftsbild heraus: Ein soziales Parlament. Auf der einen Seite das Arbeitgeberturn, auf der anderen Seite das Arbeitnehmerturn, sich auseinandersetzen über die Grundbedingungen des Arbeitsverhältnisses, wie dies heute zum Teil schon der Fall ist. Wenn z. B. im Buchdruck- oder Druckgewerbe Verhandlungen stattfinden, so sind dies bereits kleine gewerbliche Fachparlamente. Der Parlamentarismus ist also heute nicht mehr nur politisch, er ist zum Teil gewerblich und sozial geworden und vielfach ist dieser Parlamentarismus, der über Löhne, Arbeitszeit, Urlaubsverhältnisse usw. verhandelt, ebenso wichtig, wie politische Parlamente, die über Wahlen debattieren.

Die Annahme, daß der Tarifvertrag immer ein Kampfprodukt sei, ist also nicht mehr ganz richtig. Es ist vielmehr richtig, daß der allergrößte Teil der Tarifverträge auf Grund beiderseitiger Erwägungen: „Was ist billiger, der Kampf oder der Tarifvertrag“, entsteht. Während im Jahre 1905 von solchen „trockenen Lohnbewegungen“, d. h. ohne Streit, 982 zum Vertrag geführt haben, haben im Jahre 1912 3800 trockene Lohnbewegungen gegenüber 995 Kämpfen zum Tarifvertrag geführt. Also die weit- aus größte Zahl Verträge ist gewonnen aus friedlichen Verständigungen. Es wird bereits von beiden Seiten der Gedanke anerkannt, über den Inhalt des Tarifvertrages ohne Kampf zu verhandeln. Der

große Wert der Organisation besteht hierbei darin, daß der Unternehmer stets die Gewissheit hat, kommt es zu keiner friedlichen Einigung, dann hast du den Kampf.

So stark nun auch die Tatsachen für die günstige Entwicklung des Tarifgebantens sprechen, so begegnet die ganze Tarifentwicklung doch noch mancherlei Hemmungen. Auf Arbeiterseite sind heute im großen Strome diese Hemmungen nicht mehr vorhanden, und diejenigen, die von kapitalistischer Seite geltend gemacht werden, haben heute in Deutschland keinen Nährboden. Die tatsächlich heute noch vorhandenen Hemmungen sind dreifacher Art:

1. sind es volkswirtschaftliche Argumente,
2. soziale Argumente und
3. privatwirtschaftliche Argumente.

Aus volkswirtschaftlichen Gründen sagt man, daß durch den Tarifvertrag die Industrie, soweit sie auf den Export angewiesen sei, zurückgedrängt werde. Man muß aber, wenn das sogenannte Bedürfnis der Industrie ins Feld geführt wird, sich immer eins vor Augen halten, die Industrie ist Gesamtheit, nicht der einzelne die Industrie. Es ist durchaus möglich und selbstverständlich, daß durch die Ansprüche des Tarifvertrages die sozial schwachen Firmen unter die Härte kommen, aber das ist kein Verlust für die Volkswirtschaft, sondern unter Umständen sogar ein Gewinn. Man vergesse auch nie die Tatsache, daß trotz der günstigen Tarifentwicklung unser Exporthandel in beträchtlichem Maße zugenommen hat.

Nach dem volkswirtschaftlichen kommt das soziale Argument: „Ich bin der Herr im Hause. Ich allein habe die Arbeitsbedingungen festzulegen.“ Im häufigsten Falle ist der Unternehmer „Herr“ über seine Maschinen, seine Schlichter, aber doch niemals „Herr“ über die Menschen, denn das widerspricht ganz unserem Zeitgeist. Das Eigentum an Produktionsmitteln schließt doch wirklich nicht den Menschen ein. Wer ist aber wirklich noch Herr im Hause? Gerade die am lautesten schreien, das sind die kartellierten Unternehmer, denen vom Kartell vorgeschrieben wird, ob und wie sie mit ihren Arbeitern verhandeln dürfen, wann sie ausspannen müssen usw. Der Herr im Hause hat also keine Berechtigung mehr, denn der Mensch ist Mensch und keine Sache, und Perzentum gibt es nur noch an Sachen. Sind diese Argumente widerlegt, dann stellen sich die Herren der Werke wiederum zusammen und sagen: „Mag alles recht sein. Tarifverträge sind wichtig und möglich, aber bei unserer Arbeitsweise, bei den vielen keinen Anfordern, die Rücksicht nehmen müssen auf die Beschaffenheiten der einzelnen Arbeiten, sind Tarifverträge unmöglich. Also die Herren argumentieren gegen die Möglichkeit des Tariflohnes und sagen, weil in dem und dem Fall die Festsetzung auf Schwierigkeiten stößt, ist die Festsetzung eines Tarifvertrages unmöglich. Sie vergessen dabei, daß es sich ja nicht allein und nicht immer in erster Linie um die Festsetzung des Lohnes dreht, sondern daß ebenso die anderen Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, Arbeitsbewegung, d. h. die Art der Preisermittlung eines Wertstückes, die Überstunden, Arbeitspausen usw. festgelegt werden können. Um es kurz zu sagen: Die Tarifentwicklung hat heute noch Hemmungen, die streng genommen heute immer mehr wissenschaftlich unbaltbar werden. Es sind Willensargumente, die vorgebracht werden, weil eben der Tarifvertrag diejenige Vertragsform ist, die in sich das Bestreben ausdrückt, mittels der Arbeiterorganisation die Gleichberechtigung zu erreichen.“

Krise und Tarifvertrag.

Jetzt, wo die Krise immer größer wird, haben wir Arbeiter alle Ursache, unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu behaupten. Denn wer von uns wüßte nicht, daß die Unternehmer gerade diese Situation nur zu gern ausnutzen, um unsere Arbeitsbedingungen zu verschlechtern! Auch jetzt häufen sich die Nachrichten von Verkürzungen der Löhne, von Verlängerungen der Arbeitszeit. Dieser Tage erlief mühe der Vorstand der Bergarbeiter bei den viergewaltigen Zechenherren des Ruhrgebietes vorstellig werden und sie in einer Eingabe ersuchen, doch von den Lohnkürzungen Abstand zu nehmen, die diese mächtigen Arbeitgeber des Ruhrgebietes vorgenommen hatten.

Aber diese Gefahr bedroht nicht nur diejenigen unserer Kollegen, die wie die Bergarbeiter ohne tarifliche Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse leben, sondern auch alle die, die unter einem Tarifvertrag stehen. Gerade die letzteren glauben jedoch, daß ihr Tarifvertrag sie ohne weiteres vor solchen Untertaten der Unternehmer schütze. Diesen vertrauensseligen Kollegen wollen wir ein Licht aufstecken, damit sie merken, daß jener Vertrag kein Wunderkraut sei, das sie vor Verschlechterungen bewahrt. Warum glauben sie nun so unbedingt an den Tarif? Weil sie ohne weiteres annehmen, daß der

Unternehmer sein Versprechen auch hält, weil er seine Unterschrift gegeben hat oder weil die Unternehmerorganisation für ihn dem Vertrage zugestimmt hat! Wenn das der Fall wäre, dann dürften doch überhaupt keine Tarifverträge vorkommen. So liegen aber in der Praxis die Dinge durchaus nicht. Wir wissen vielmehr eine Menge von Beispielen, wo die Unternehmer ihr Wort gebrochen haben, wie man einen Schwur bricht, wie man ein in einer Verleumdung am Ansehnlich gegebenes Versprechen nicht hält. Gerade in der Krise häufen sich diese Fälle bedrohlich; erst die neuesten Zeitungen wissen davon zu berichten. So hat man die Steinarbeiter in Aue, Zohland und Müschberg ausgesperrt, trotzdem ein Tarif besteht. Ferner klagen die Berliner Möbelpolierer, daß ihre Unternehmer den Tarif brechen, indem sie dem Neuanfangenden niedere Löhne zahlen, als im Vertrag vorgeschrieben ist, weil eine außergewöhnlich schlechte Konjunktur und darum eine große Arbeitslosigkeit herrscht. Das sind aber keineswegs die einzigen Fälle. Nein, ihnen reihen sich Duzende an. Bald drückt eine Fabrik die alten vereinbarten Löhne, bald jetzt eine andere selbstherrlich eine tarifliche Verbesserung außer Kraft. Alles Beweis genug dafür, daß unsere Tarife nicht vor Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen schützen können.

Woran liegt das? In der Stellung der Unternehmer zum Tarif! Sie sehen dem Tarif alles andere als freundlich gegenüber. Sie betrachten ihn meistens als einen aufgezungenen Vertrag, ja als eine Kessel. Die Stärksten und Mächtigsten unter ihnen versuchen deshalb, wo sie nur können, diese lästige Kessel abzuräumen. Die Gelegenheit dazu aber bietet sich ihnen am besten in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges. Ist wenig zu tun, liegen Hunderte von Verurteilten auf der Strafe, müssen die anderen mit halben Arbeitslöhnen zufrieden sein, dann glaubt der profitlüsterne Unternehmer, daß jetzt die Zeit gekommen sei. Jetzt können die Arbeiter nicht streiken, jetzt sind sie sogar zufrieden, auch wenn sie ohne Tarif und unter Tarif arbeiten. Dabei dann die Androhung, daß wieder einmal ein Tarif gebrochen oder wie nichts einfach zerbrochen ist. Dann machen es die Unternehmer wie es jene Topfermeister in Chemnitz mit dem paritätischen Arbeitsnachteils machten, der ihnen schon lange ein Pfahl im Fleisch war. Sie geben die lästige Bestimmung einfach auf, wie der absolute Herrscher ein Gesetz aufhebt, das ihm nicht mehr paßt. Oder sie überziehen fortwährend den Tarifvertrag, so daß bald die Verbesserungen ebenso nur auf dem Papier stehen wie die Freiheit der preussischen Staatsbürger in der Verfassung. Den Arbeitern aber ergeht es wie den Berliner Eisenformern 1911 mit ihrem Tarifverträge, den die Arbeitgeber dieser Branche schon nach einem halben Jahre überall überschritten und durchbrachen, so daß die Arbeiter ihre wohlwollenden Unternehmer erst öffentlich mahnen mußten, doch gefälligst ihr Versprechen zu halten. Schließlich geben die tarifbüchigen Unternehmer diesem Beginn noch die Krone auf und richten sich nach der Danziger Glashütte und Kristallglasfabrik, die einen Arbeiter auf die Strafe setzte, weil dieser verlangte, daß die Firma die Wünsche der Arbeiter nicht einfach abwies, sondern sich mit ihnen Leuten vor dem Gewerbegericht einigte, wie es der Tarifvertrag ihr vorschrieb und weil der Betreffende sich als Zeuge dem Gericht anbot.

Nun kann man allerdings sagen: „Es brennt uns nach nicht unter den Nägeln! Das sind andere Branchen mit ganz anders gearteten Verhältnissen!“ Das wäre richtig, wenn die Unternehmer wie früher isoliert leben. Jetzt aber sind sie organisiert, werden von besonderer Zeitungen informiert und erfahren daher bald, wo für sie Korn gemahlen wird. Die Folge ist dann, daß der Unternehmer der einen Branche von den Kollegen in der anderen lernt und ihre glückliche Taktik nun auch probiert. Darum sind wir gewaltig auf dem Holzweg, wenn wir glauben, daß der Streik, der den Arbeiter in einer anderen Branche getroffen hat, uns selbst nie treffen kann. Wir handeln dann genau so klug wie jener Schlaumeier, der sich freute, daß ja nur des Nachbarn Strohdach brenne, und der nicht merkte, daß die Feuerfunken schon nach seinem eigenen Strohdach hinüberflogen.

Was aber ist da zu tun? Zweierlei! Gut aufpassen und unsere Macht stärken! Zuerst muß der einzelne Kollege selbst aufpassen. Er muß Verschlechterungen zurückweisen, wo sie ihm zugemutet werden. Er muß aber auch Obacht geben, daß listige Berechnung nicht wirtschaftlich Schwache zwingt, sich einen Tarifbruch ruhig gefallen zu lassen. Schon oft hat man erlebt, daß Kollegen ihren Tariflohn verlangten und aus Unternehmermund hören mußten, daß ein anderer doch mit dem geringeren Angebot zufrieden sei. Frage nun der Kollege selbst den anderen, so wußte der gar nicht, daß er sich hatte übers Ohr lassen lassen, oder er hatte Angst, daß er seine Kopie Bekäme, wenn er dem Unternehmer nicht zu Willen wäre. Hier ist also für den einzelnen

eine gute Gelegenheit, selbst an der Aufrechterhaltung seiner Arbeitsverhältnisse zu arbeiten. Noch bessere Gelegenheiten, noch größere Aufgaben bieten sich den Kommissionen, die für die einzelnen Branchen bestehen. Sie haben ein wertvolles Feld für ihre Tätigkeit. Sie können dem unerfahrenen Kollegen zur Seite stehen, aber auch während auf vorgerollene Tarifbände hinweisen und entgegensteuern, wenn die Unternehmer gegen den Tarif verstoßen. Alle Tätigkeiten in dieser Richtung sind jedoch wenig fruchtbar, wenn nicht hinter der Kommission, hinter dem einzelnen Kollegen, der sein Recht verkennt, die geschlossene Macht der Berufslogen steht. Genau so wie ein Streit nicht gewonnen wird, und sei er noch so berechtigt, wenn nicht die große Mehrheit der Kollegen, die in Betracht kommen, den Streit mitmacht, genau so ist ein Tarif auch dann um so sicherer und ein Tarifbruch um so unwahrscheinlicher, je mehr organisiert sind und je treuer diese organisierten zur Fahne ihres Verbandes stehen. Das ist also die beste Sicherheit in der Krise. Nicht der unterschätzte Tarifvertrag an sich, sondern ein Tarifvertrag, den eine starke und kampfsfähige Organisation schützt. Wenn daher rings um uns der Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen uns zu Ohren kommen, so wollen wir uns nicht allein damit trösten, daß wir ja so einen schönen Tarifvertrag haben, sondern wir wollen darin den Ansporn sehen, unseren Verband zu stärken, seine Reihen zu schließen und so die Macht zu mehren, die die Profügier vom Tarifbruch zurückhält. Erst dann ist der Tarif eine Mauer, die uns vor Verschlechterung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen schützt.

Ernst Kreplin.

Zur Frage des Frauenwahlrechts.

Die Forderung, auch den erwachsenen weiblichen Personen das Wahlrecht zu allen gesetzgebenden Körperschaften zu geben, wird seit Jahrzehnten von den Sozialdemokraten erhoben, und wiederholt sind ihre Vertreter in den Parlamenten für diesen Punkt des Parteiprogramms eingetreten. Leider bis jetzt noch jedesmal ohne Erfolg. Meist fanden ihre Anträge nur geringe Unterstützung durch einige Vertreter anderer Parteien. Als im Januar 1914 eine entsprechende Petition des Vereins für Frauenstimmrecht im Reichstage verhandelt wurde, stimmten außerdem Sozialdemokraten nur ein Teil der freistimmigen Abgeordneten für den doch recht bescheidenen Antrag der Sozialdemokraten, die Forderung der Regierung wenigstens zur Verächtlichung zu überweisen.

Dadurch ist auch den Millionen erwerbstätiger Frauen und Mädchen wieder für absehbare Zeit Gelegenheit genommen, in aktiver Weise am öffentlichen Leben teilzunehmen und mitzugewinnen an den Gesetzen, die für das Leben und die Verhältnisse der Arbeiterklasse von einschneidender Bedeutung sind.

Welche Arbeiterin, die als Mitglied ihrer Berufsorganisation teilnimmt an dem Streben der Arbeiterklasse, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, wäre aber hieran nicht interessiert?

Kast ohne Ausnahme müssen sich Arbeiterinnen mit Löhnen abgeben lassen, die bei der herrschenden Teuerung sämtlicher Lebensmittel nicht ausreichen, den Körper genügend zu ernähren und anständig zu kleiden. Wollen aber die Berufsorganisationen für Verbesserung der Arbeitsbedingungen wirken, dann werden ihnen auf alle mögliche Weise Schwierigkeiten bereitet. Die letzten Wochen haben diese den Arbeitern und Arbeiterinnen wieder deutlich in Erinnerung gebracht.

In den Betrieben wird den Beschäftigten gesagt: wenn Ihr Euch organisiert oder Euch nicht den Vereinigungen anschließt, die der Geschäftsleitung passen, ist für Euch keine Arbeit mehr da. Dabei werden strenge Strafen von den Gerichten über diejenigen verhängt, die durch einen Trupp Arbeiter oder Arbeiterinnen für die Organisationen werben wollen, — aber nur dann, wenn die Aufforderung von Arbeitern oder Vertretern der Arbeiterorganisationen ausgeht. Noch kein Staatsanwalt hat gegen einen Unternehmer ein Strafverfahren eingeleitet, der bei ihm beschäftigten Personen in die selben Werkzeuge greift und diejenigen entlassen und auch verurteilt hat, daß sie anderweitig nur sehr schwer unterkommen konnten, die ihrer Organisation treu blieben. Bei diesen darf also ungefragt die wirtschaftliche Abhängigkeit und der Zwang, verdienen zu müssen, ausgenutzt werden.

Wollen dann die Organisationen Versammlungen abhalten, werden diese oftmals durch Eingreifen der Polizeibehörden gestört oder gar verboten. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände will man zu politischen Vereinen stampeln, vor allen Dingen, um den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die Mitgliedschaft und die Teilnahme an den Versammlungen zu unterbinden.

Noch schärfer aber gehen Polizei und Gerichte bei Ausständen vor. Daß den Streikposten der Aufenthalt in menschenleeren Straßen verboten wird und wegen angeblicher Beleidigung Arbeitswilliger

mehrwöchige Gefängnisstrafen verhängt wurden, ist auch den Arbeiterinnen bekannt. Dadurch aber werden dem so berechtigten Kampf der Gewerkschaften um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen die größten Schwierigkeiten bereitet. Unter dieser Situation haben aber auch die Arbeiterinnen zu leiden und auch die nicht erwerbstätigen weiblichen Familienangehörigen der Arbeiterklasse. Deshalb muß in ihnen das Verlangen aufkommen, mitwirken zu dürfen an der Verengung, um der arbeitenden Bevölkerung und ihren Angehörigen die Lebensbedingungen zu erleichtern.

Nimmer mehr vorbereitete Frauen werden durch die wirtschaftliche Notlage der Familie zur Erwerbsarbeit gezwungen, ohne Rücksicht auf die Hausfrauen- und Mutterpflichten, die die Arbeiterinnen noch außerdem erfüllen müssen. Sie müssen mitarbeiten, um das Einkommen der Familie zu erhöhen, oder um durch ihr Einkommen die Familie in der Zeit über Wasser zu halten, wo der Mann seine oder nur beschränkte Arbeitsgelegenheit fand. Die Krisen, und damit die für die Arbeiterklasse so traurigen, immer wiederkehrenden Perioden der Massenarbeitslosigkeit sind aber nichts anderes, als Folgen der Wirtschaftspolitik, die nicht genügend

Kampfgemeinschaft.

Wie die ganze Natur, so erfüllt auch unser Menschenleben ein ewiger Kampf, ein Kampf um unsere Existenz, um unsere körperliche, geistige und seelische Entwicklung. Dieser Kampf zeigt sich vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete, da hierin unser ganzes Dasein wurzelt. Nur der wirtschaftliche Kampf bringt uns eine Besserung unserer Lebenslage, nicht das träge Taktieren. Jedoch genügt der Kampf allein nicht. Wie in der übrigen Natur, so muß auch bei den Menschen neben dem Kampf die gegenseitige Hilfe treten, der Zusammenschluß. Der einzelne erreicht mit seinem Kampfe nicht viel, erst die zielbewusste Solidarität, die Kampfgemeinschaft ist es, die uns den Sieg bringt. Heber das Rindchen und Wölken bei den Menschen neben dem wirtschaftlichen Leben steht hinweg; es kann aber nicht so leicht über den einzelnen hinweggehen, wenn hinter ihm eine Schar steht, die einsteht für ihn hält.

Doch dieser materielle Nutzen ist es nicht allein, der die Solidarität so wertvoll macht. In unserer Kampfgemeinschaft steht zugleich ein reicher sittlicher Gehalt. Ein inneres Glück ist es uns, zu wissen, daß wir in unserem Hoffen und Sehnen nicht allein stehen, daß es viele Scharen gibt von Mitmenschen, die fühlen und denken wie wir und wenn es not tut, auch gleich handeln. Solch ein Gefühl gibt uns in unserem Lebenskampfe innere Kraft; Stolz gegenüber dem wirtschaftlich Stärkeren und Selbstbewußtsein im Fortdauern unseres Rechts. Und in wie reichem Maße wird nicht durch diese Kampfgemeinschaft das lebendige Gefühl der Einheit mit dem Ganzen in uns erregen und wach gehalten. Wir kennen nicht nur uns selbst, sondern denken auch an unsere Mitmenschen, die sich in sozialer Not befinden. Liebe empfinden wir zugleich, wenn wir uns solidarisch betätigen, das Letzte und Erbarmende, was es im Menschenleben gibt.

Dieser edle Gehalt der Kampfgemeinschaft verleiht wiederum unserem wirtschaftlichen Kampfe einen hohen sittlichen Wert. Wir kämpfen nicht aus Selbstsucht, sondern um des Ganzen willen. Das Wohl der Allgemeinheit ist unser letztes Ziel. Kann es wohl ein edleres Ziel geben, als es diese unsere treue Solidarität im wirtschaftlichen Kampfe erfährt?

Rücksicht auf die große Mehrheit der Bevölkerung nimmt, weil der Einfluß der Arbeiterklasse auf die Regierungen in Staat und Gemeinden noch zu gering ist. Durch die Mithilfe der weiblichen Bevölkerung könnte dieser Einfluß aber vergrößert werden. Deshalb fordern die aufgestellten Arbeiter das Wahlrecht auch für die erwachsenen weiblichen Personen und sind bemüht, durch besondere Veranstaltungen immer wieder das Interesse selbst der bisher Gleichgültigen wachzurufen für die Vorgänge im öffentlichen Leben und die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens.

Die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen sollen daran erinnert werden, wie man der Bevölkerung Brot und Fleisch verteuert und sie dann mit Rücksprechungen und völlig unzureichenden Schutzgesetzen abgefunden hat. Die für 1910 versprochene und 1912 in Kraft getretene Hinterbliebenenversicherung hat den Landesversicherungsanstalten Millionen gemahnt und den arbeitsunfähigen Witwen versichert gewesener Männer minimale Unterstützung gebracht. Vom Hausarbeitsgesetz sind die beiden wichtigsten Paragraphen, die einigermassen auf gleichmäßige Entlohnung einwirken könnten, noch immer nicht in Kraft getreten, und der Bundesrat hat noch für keinen Beruf die Errichtung von Sachausschüssen

angeordnet. Dabei ist das Gesetz schon seit dem 1. April 1912 in Wirklichkeit. Daß neuerdings die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung abgelehnt wurde, war nach den bisherigen Erfahrungen eigentlich verständlich, mühte aber doch den weiblichen Angehörigen der Arbeiterklasse die Augen darüber öffnen, daß diese auf Hilfe von außen nicht rechnen kann, sondern sich auf die eigene Kraft stützen muß, um bessere Lebensbedingungen zu erringen.

Dabei müssen die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen auch die Forderungen unterstützen, deren Durchführung für sie Mitwirkungsrecht in Staat und Gemeinde bringt. Gelegenheiten hierzu bieten ihnen die Versammlungen am 8. März d. J. Diese sollen den maßgebenden Kreisen zeigen, wie groß die Zahl derjenigen ist, die Gleichberechtigung für beide Geschlechter verlangen und nur Massenbetriebe unterstützen, die Schranken zu beseitigen, die bis jetzt noch der freien Betätigung der weiblichen Bevölkerung entgegenstehen.

Gewerkschaften und Einwanderung.

(15) Von jeher ist von den in Amerika emigrierten Gewerkschaftern über die Schwierigkeiten geklagt worden, die ihnen bei dem Versuche, auch in der neuen Heimat der Gewerkschaftsbewegung treu zu bleiben, gemacht werden. Einerseits wurde aber nicht die Zahl der Gewerkschaften, welche die alten schädlichen Schranken fallen lassen. Man erkennt immer mehr, daß es im Interesse der Gewerkschaft selbst liegt, besonders die schon in der Heimat gewerkschaftlich geschulten Einwanderer aufzunehmen. Die Leiter des Gewerkschaftsbundes und mündige Zentralkörperschaften benutzen ihren Einfluß sehr eifrig, um in dieser Beziehung Wandel zu schaffen. So hatte das New Yorker jüdische Gewerkschaftsforum, dem fast eine Viertelmillion Mitglieder angehören, den ihm angeschlossenen Vätergewerkschaften aufgegeben, entweder ihre drakonischen Bestimmungen betreffs Nichtzulassung neuer Mitglieder aufzuheben oder aber aus dem Kartell auszuscheiden zu werden. Drei von den betreffenden Gewerkschaften kamen der Aufforderung nach, nicht aber drei weitere Gruppen, deren Ausschluss daraufhin erfolgte. Der Ausschluss aus dem Amerikanischen Väterverband wurde ebenfalls beantragt. In diesem wie in manchen anderen Fällen handelt es sich sogar leider um Arbeiter, die selbst zu den Einwanderern zählen und die jede weitere Zuwanderung nur verhindern möchten. Auch sie werden noch lernen müssen, daß sie sich auf diese Weise nur eine Arbeitswilligen-schar wider Willen züchten und daß sie mit den Arbeiterorganisationen der Auswanderungsländer in engere Verbindung treten müssen, um dort, an der Quelle, die Waffentucht der Arbeiter durch bessere Verhältnisse bekämpfen zu helfen.

In diesem Sinne hat auch der soeben stattgefundene Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes den Beschluß gefaßt, seine Exekutive zu beauftragen, in der Einwanderungsfrage mit den europäischen Gewerkschaften gemeinsame Schritte einzuleiten. Ferner nahm er gegen 5 Stimmen die nachstehende Resolution an:

„Beschlossen, daß wir strenge Durchführung aller bestehenden Einwanderungsgesetze verlangen, ferner, daß die Bestimmungen der gegenwärtigen Chinesenbeschränkungsakte so ausgedehnt werden, daß sie auf alle Asiaten Anwendung finden, daß wir eine Bildungsprüfung begünstigen, unter der Einwanderer nachzuweisen haben, daß sie die Sprache des Landes, von dem sie kommen, oder irgendeine Sprache lesen und schreiben können, daß wir den Kongreß dringend auffordern, Bewilligungen zu machen für den Bau geeigneter Einwanderungsstationen und Detentionscluppen an der Pazifikküste, um vorbereitet zu sein, die Einwanderer zu kontrollieren, die via Panamakanal zu erwarten sind, daß der Exekutivrat der American Federation of Labor die Ratifikation der Schaffung eines Einwanderungsdepartements und die Ernennung eines Botschafters und von Korrespondenten erwägen soll, welche letztere Korrespondenzen mit europäischen Arbeiter- und anderen Zeitungen führen soll, um die genaue Lage der Arbeiter aller Nationalitäten aller Industrien der Vereinigten Staaten bekanntzumachen und daß der Exekutivrat Anstrengungen mache, der Einwanderung an ihrer Quelle Einhalt zu gebieten durch Entsendung von Vertretern nach solchen europäischen Ländern, wo es notwendig scheinen mag und wo andere Methoden solche Resultate nicht zeitigen, um den Bemühungen derjenigen entgegenzuwirken, welche die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten fördern.“

Besonders interessant ist dabei, daß hervorragende Sozialisten zu den wärmsten Befürwortern dieser Resolution gehörten. Sie unterstützten dadurch die Argumentation des Sekretärs des Gewerkschaftsbundes, Morrison, der wiederholt erklärte, es sei für die in rückständigen Ländern Europas leben-

den unzufriedenen Arbeiter besser, wenn sie gezwungen würden, zu Hause zu bleiben. Um so schneller würden sie dann eine Veränderung der Verhältnisse in ihrer Heimat herbeiführen. Viele Ausführungen bildeten auch den Grundton der Verhandlungen einer gewerkschaftlichen „Einwanderungskonferenz“, die ebenfalls in Seattle, und zwar kurz vor dem Gewerkschaftskongress, tagte. Allerdings tauchten auch auf dieser Konferenz wieder übertriebene Warnnachrichten auf. So wußte ein Delegierter zu erzählen, daß in Europa schon 125 000 Willkürs nach Seattle und Fortland allein, davon nicht weniger wie 40 000 in Holland, verkauft seien und daß in ganz Europa Fahrten nach den Weststaaten — via Panamakanal — auf Abzählung vertrieben würden. Auf einen ähnlichen Schwund fiel um dieselbe Zeit sogar die sozialistische Presse der Vereinigten Staaten, wobei die lange Verichte aus Mexikonien brachten, wonach 50 000 Freischoten, lauter verwegene Gesellen, auf dem Wege nach den Vereinigten Staaten seien, da sie in der Heimat, nachdem die Kräfte beendet sind, ihr Brigantentum nicht mehr fortsetzen könnten.

Obgleichlos haben die Gewerkschaften die Verpflichtung, die infolge jahrelanger Organisationsarbeit geschaffenen Arbeitsbedingungen auch gegen Verschlechterungen durch den Massenimport anspruchsvoller Ausländer zu schützen und daher sind ihre mit der Eröffnung des Panamakanals verbundenen Forderungen sehr wohl verständlich. Uebrigens dürfte die Einwanderungsfrage auch für manche europäischen Gewerkschaften in den nächsten Jahren eine stets größere Bedeutung erlangen. In Deutschland z. B. betrug die Zahl der mit Hilfe der Regierung im letzten Jahre ins Land geholten ausländischen Arbeiter fast eine Million! Wenn auch die meisten von ihnen nach Schluß der Saison wieder in die Heimat zurückkehren, so bedeuten sie vor allen Dingen für die landwirtschaftlichen sowie für die ungelerten Industriearbeiter eine große Gefahr. Auch in Dänemark und Oesterreich plagten einige Gewerkschaften schon sehr über die künstlich geförderte Einwanderung aus dem Osten. Und erst vor einigen Tagen forderte die „Humanität“, das Tagesblatt der französischen Sozialisten, zum Proteste gegen die Masseneinfuhr chinesischer Kulis auf! Nicht weniger wie 500 Chinesen sind kürzlich in Marseille angelangt. Sie sind für die Arbeit in den Weinbergen engagiert, wo die französischen Arbeiter in den letzten Jahren recht beträchtliche Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzuführen konnten. Ihnen soll der Gewerkschaftsgebanke jetzt durch Chinesen ausgetrieben werden, nachdem die zum gleichen Zwecke bisher importierten Italiener versagen. Wehrliches ist in Nordfrankreich zu beobachten, wo die Eisen- und Kohlenbarone besonders russische Arbeiter in großer Zahl einführen. Die Gewerkschaften der Arbeiter werden sich gegen diese unlaute Konkurrenz mit aller Entschiedenheit.

Wie übrigens der wilden und äußerst schädlichen Einwanderung am besten gesteuert werden kann, das zeigen zwei Konferenzen, die kürzlich in Basel (Schweiz) und in Mailand (Italien) stattfanden.

In Basel tagte eine Konferenz der Vertreter der Bauarbeiterverbände in Deutschland, Frankreich, Italien, Oesterreich und in der Schweiz. Die Bauarbeiter dieser Länder haben von jeher stark unter der Zuwanderung der Italiener gelitten. Die italienische Einwanderung nach diesen Ländern betrug in den letzten Jahren:

	1908	1909	1910	1911	1912
Deutschland . . .	59 000	51 000	33 000	44 000	75 000
Frankreich . . .	17 600	56 000	60 000	63 000	74 000
Oesterreich-Ungarn .	36 000	30 000	36 000	35 000	41 000
Schweiz . . .	?	?	?	60 000	89 000

Die unorganisierten, der Landessprache unfähigen Italiener werden natürlich von den Unternehmern gerne als Arbeitswillige und Lohnbrüder verwendet. Um das zu verhindern, entschloß sich der Deutsche Bauerverband schon im Jahre 1902, die Kosten einer alljährlich im Winter in Italien abzuhaltenen Agitation zu tragen. Es wurden alle Winter italienisch sprechende Agitatoren in die Heimat abgeholt, die im Frühjahr auswandernden Bauarbeiter geschickt, welche Versammlungen abhielten und ihnen das fluchwürdige des Streikbruchs vor Augen hielten und sie zur Solidarität im Sommer in der Fremde aufforderten. Diesem Beispiele folgten später auch andere Organisationen und es ist ihnen schon gelungen, den Streikbruch der Italiener etwas einzudämmen. Nur war es bisher meist unmöglich, sie zur Organisation heranzuziehen. Die Konferenz war der Ansicht, daß der jetzige Zustand nicht fortauern dürfe. Sie beschloß die Einführung einer Statistik in allen Staaten. Mit der Statistik soll gleich im Frühjahr begonnen werden, und zwar in der Weise, daß in jenen Orten, wo wandernde Italiener beschäftigt werden, festgesetzt wird, ob sie billiger arbeiten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen überhaupt verschlechtern, wenn ja, in welcher Beziehung. Ferner soll genau festgesetzt werden, wo die Leute beheimatet sind, ihre Namen usw.

Eine derartige Statistik soll mit beginnendem Frühjahr überall eingeführt und den ganzen Sommer über durchgeführt werden. Das Material ist im Herbst einzuenden, damit die Verbände jedes Staates es bearbeiten können, um es dann im Winter bei der Agitation den Auswanderern in ihrer Heimat vorzuhalten. Man glaubt, daß die öffentliche Meinung auf die Schädlinge so viel einwirkt, daß sie in Zukunft anständiger werden.

Mit ähnlichen Fragen beschäftigt sich ein Emigrationskongress in Mailand, an dem Vertreter der 37 bestehenden permanenten Emigrationssekretariate Italiens wie auch einiger an der Emigration interessierter Gewerkschaften des Auslandes, so von Deutschland, Oesterreich und der Schweiz, teilnahmen. Ferner war eine Abordnung des italienischen Ministeriums regie an den Verhandlungen beteiligt. Die Oberleitung genannter Emigrationssekretariate liegt in den Händen der philanthropischen Gesellschaft „Amanitaria“. Neben den 37 permanenten Sekretariaten im Inland werden von der „Amanitaria“ im Auslande noch viele Institutionen finanziell subventioniert, um deren Hilfe in der

Freude.

Irdisches Jammermal nennt die Kirche unsere Erde, und Jahrhunderte hindurch haben es die Massen geglaubt, Jahrhunderte hindurch haben sie dieser unnatürlichen Lehre folgend in Unterdrückung ein freudloses Dasein geführt. Erst die Aufklärung der neueren Zeit hat die Köpfe lebendig gemacht, hat einen kritischen Geist gewekt und damit die Erkenntnis der Natürlichkeit und Wahrheit. Und diese Erkenntnis hat die Erde nicht als ein Jammermal an, sondern als eine Stätte fröhlichen Kampfes um höhere Ziele der Entwicklung, um letzten Endes, eine Welt in Menschlichkeit und Menschenglück. Das sind die notwendigen Konsequenzen der natürlichen Weltanschauung, zu denen die moderne Naturwissenschaft geführt hat und die für das praktische Leben unsere Organisation mit eiserner Energie erstrebt, erkämpft.

Wenn heute noch vom irdischen Jammermal gepredigt wird, dann wissen wir, was das zu bedeuten hat. Es ist die Selbstsucht der Reichen, die hinter dieser Lehre steht. Schön brav und trieblich soll die Masse des Volkes sein und zufrieden mit allem Elend soll sie auf ein besseres Jenseits hoffen, das diesem irdischen Jammermal folgt und in dem alles wieder aufgemacht wird, damit jene Egoisten ungekört in niedriger Ausdeutung ihre Taschen füllen können. Denn sie hüten sich schön, die Erde als ein Jammermal anzusehen. Für sie ist die Erde eine Stätte frohen Genusses.

Ein bitterer Tropfen ist ihnen in ihrem sorglosen Verleben nur, daß die aufgekärte Arbeiterschaft die Welt nicht mehr so hin nimmt, wie es von jenen Reichen gern gesehen wird. Auch uns soll die Erde eine Stätte des Lebensgenusses sein, aber wir wollen nicht so genießen, wie jene, nicht in Oberflächlichkeit, in seltsamem Dahinleben. Dafür ist unsere Anschauung über Welt und Leben doch zu tief. Jeder soll, so wollen wir, seine ganze Kraft für die Allgemeinheit und ihre Entwicklung einsetzen. Das kann er aber nur, wenn er nicht ein Sklave des Kapitals ist. Wirtschaftlich frei muß er sein. Diese wirtschaftlichen Rechte aber werden allein durch unseren gewerkschaftlichen Kampf erstrebt, und da dieses Leben, wie wir es erstreben, allein natürlich und darum allein wahr und sittlich ist, so ist unserem Ringen auch als erhabenes Endziel die Freude gewiß.

Regelung der Emigration der Italiener zu sichern. Längere Debatten entstanden über die bevorstehende Winteragitation unter den Emigranten, die nun nach Hause zurückgekehrt sind. Es wurde dabei das Verhalten der italienischen Arbeiter im Auslande angesprochen. In diesem Winter werden für Agitation 200 Versammlungen mit Referaten abgehalten. Daraan beteiligen sich 15 Agitatoren, die teils vom Auslande nach Italien kommen. Die Agitation begann am 4. Januar 1914 und haben die Emigrationsbeamten in Italien die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Denn trotzdem für das laufende Jahr die Arbeitslosigkeit in den europäischen Ländern keine bessere sein dürfte als im vergangenen Jahre, so sind doch alle Anzeichen dafür da, daß die Emigration nicht kleiner, sondern bedeutend größer sein wird, denn auch Italien leidet unter einer harten Krise.

Daher verwenden die fortschrittlichen Gewerkschaften der europäischen Länder gerne Kraft und Mittel, um den Arbeitern der rückständigeren Länder zu einer guten Organisation und damit zu besseren Verhältnissen in der Heimat zu verhelfen. Je eher und je energischer sich auch die amerikanischen Gewerkschaften hieran wie überhaupt an den inter-

nationalen Verbindungen der Gewerkschaften beteiligen, um so größer wird auch bei ihnen der Erfolg in der Bekämpfung der wilden Einwanderung bzw. des Massenimportes von Arbeitswilligen sein.

Jahresbericht des Gaues Berlin.

Oktober 1912 — Dezember 1913.

Der Gau Berlin, an Ausdehnung und Mitgliederzahl der größte unserer Verbände, vermag andererseits in sich auch die größten Gegenläge nicht bloß in bezug auf industrielle und wirtschaftliche Struktur, sondern auch in bezug auf die Vorwärtsentwicklung unseres Verbandes überhaupt. Dies ist allerdings nur bedingt durch den Einbezug der Verwaltungsstelle Groß-Berlin mit ihren 4000 Mitgliedern in den Gau, denn während die Verwaltungsstelle Groß-Berlin, übrigens nur dem Namen nach zum Gau zählend, durch das Vorhandensein einer recht vielseitigen und ausgedehnten Industrie in unserem Beruf, hauptsächlich aber durch das vorzügliche Zusammenarbeiten der angestellten Kollegen mit den Funktionären aller Branchen von Quartal zu Quartal oft um Hunderte von Mitgliedern zunimmt, ist andererseits unser Beruf in allen Teilen des ausgedehnten Gaues nur sehr spärlich vertreten, und ist ganz abgesehen von anderen Hindernissen, die Entwicklungsmöglichkeit unserer Organisation im Gau eine beschränkte. Namentlich zwei Faktoren sind es, welche die Fortschritte der Organisation im Gau unangünstig beeinflussen. Das Vorherrschende Kleinbetriebe mit ausgebehnter Lehrlingszucht (sind doch im ganzen Gau kaum ein Dutzend Betriebe mit mehr als 10 beschäftigten Kollegen vorhanden) und dann die ungeheure Miskulation, das Abwandern der Kollegen nach dem Westen, sie nehmen dort lieber wochen- und monatelang Arbeitslosigkeit auf sich, als wie in der Heimat nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu streben. Sind doch in der alten Zahlstelle Königsberg von 83 Mitgliedern kaum 30, die länger als ein Jahr dem Verband angehören, während die übrigen erst im Laufe des Jahres gewonnen wurden. Diese Zustände erschweren die Agitation sehr und wenn dieselben auch in den anderen Verwaltungsstellen des Gaues wesentlich besser sind, so treffen sie doch überall da, wo uns die Kollegen noch fernsehen. Kaum hat man sich mühsam einige Adressen gesammelt, den einen oder anderen Kollegen aufgenommen, so sind die betreffenden, meist durch die Verhältnisse gezwungen, den Ort wieder zu verlassen und man fängt wieder von vorn an.

Wenn verschiedentlich, namentlich von Königsberger Kollegen, angeregt wurde, daß für den Osten eine agitatorisch tätige Kraft angestellt werden möchte, um bessere Organisationsverhältnisse zu schaffen, so ist darauf zu erwidern, daß auch der tüchtigste Kollege kaum eine innere Befriedigung an dieser Sisyphusarbeit finden würde, und andererseits die Erfolge in seinem Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln stehen würden, und muß deshalb alles daran gesetzt werden, auf der gegenwärtigen Basis die weitere Ausbreitung der Organisation zu fördern.

Die verfloßene Berichtsperiode war für die Gaulteitung ziemlich arbeitsreich und mühte trotz der oben erwähnten Hindernisse der schätzbare Erfolge gemessen an dem Aufwand von Zeit und Mühe, ein ganz anderer sein. Im unter den uns noch fernstehenden Kollegen in Ost- und Westpreußen eine intensivere Agitation betreiben zu können, wurde für diese Bezirke eine Untergauleitung gewählt, an deren Spitze Kollege Dietrich, Königsberg, steht. Es muß hier anerkannt werden, daß dieser Kollege sein möglichstes für die Ausbreitung der Organisation in der Provinz getan hat. Auch die Stettiner Kollegen haben sich, wie bisher schon, der Mühe unterzogen, in diesem Sinne in der Provinz tätig zu sein, und stehen mit einer Reihe kleinerer Orte in Verbindung.

Die Zahl der Verwaltungsstellen hat sich um eine verringert, und sind jetzt deren 9 im Gau. Größere Lohnbewegungen führten die Kollegen in 5 Verwaltungsstellen. Namentlich in Wladenburg wurde uns ein wider Erwarten schwerer Kampf aufgenötigt, indem dort drei Viertel unserer Mitglieder eine achtwöchige Aussperrung über sich ergehen lassen mußten. Unsere Organisation stützt sich dort im wesentlichen auf den Großbetrieb der Drewnador-Werke Gebr. Reichstein. Da ein von uns und hier anderen Arbeiterorganisationen mit dieser Firma abgeschlossener Tarifvertrag am 1. August abließ, eine Einigung über einen neuen verbesserten Tarif bis dahin nicht zustande kam, verfiel die Firma am 2. August durch Fabrikanschlag die Aussperrung von rund 2000 Beschäftigten, auf unsere Organisation entfielen davon 89 Personen. Nachdem die Aussperrung 4 Wochen gedauert, wurden die ersten Verhandlungen nachgejacht, die aber resultatlos waren. Nach weiteren 14 Tagen erklärte die Firma den Betrieb wieder für eröffnet und forderte die Arbeiterschaft auf, zu den alten Bedingungen

wieder anzufangen. Als niemand darauf reagierte, ging die Firma dazu über, in Berliner Tageszeitungen Streifbroschüren anzukleben. Aber auch durch dieses Mädel ließ sich die Arbeiterkraft nicht irremachen. Erst nach achtwöchigem Kampfe kam ein auf 3 Jahre lautender Tarifvertrag zustande, in dem es gelang, die Arbeitszeit von 58 auf 57 Stunden pro Woche zu reduzieren, einen entsprechenden Lohnausgleich und einen Zuschlag für Überstunden zu erreichen. Maßregelungen sind, soweit bekannt, nicht vorgekommen. Scheinbar ist bei dieser Bewegung nicht viel erreicht worden, aber im großen und ganzen hat sich die Brandenburger Arbeiterschaft mühselig geschlagen. Es sind in den acht Wochen von den Ausgewählten nur 4 abtrünnig geworden, denn sonst war es nicht möglich gewesen, bei niederziehender Konjunktur die geplante Verschlechterung abzuwehren und Verbesserungen durchzusetzen. Die Mitgliederzahl hat sich leider infolge der Auspörrung um 7 verringert und beträgt jetzt 127.

Einen wesentlich schnelleren und besseren Verlauf nahm die Lohnbewegung in Posen. Wir haben dort einen Stamm von gegenwärtig 12 Mitgliedern, welche sämtlich in den Werkstätten der Internationalen Schafwagengefährtschaft beschäftigt sind. Am 2. April wurde in einer Betriebsversammlung die Bewegung eingeleitet und wurden die Vertreter der beteiligten Organisationen beauftragt, die aufgestellten Forderungen der Direktion zu unterbreiten. Nach zweimaligem Verhandeln endete die Bewegung ohne Arbeitseinstellung mit dem Abschluß eines Tarifvertrages auf 3 Jahre. Es gelang darin, die Arbeitszeit von 59 auf 54 Stunden pro Woche zu reduzieren und außer dem entsprechenden Lohnausgleich die Löhne sämtlicher Handwerker während der Dauer des Vertrages um 5 Pf. zu erhöhen, ferner wurde die Einstellungslohne von 40.-50 Pf. auf 55.-60 Pf. pro Stunde ebenfalls für sämtliche Handwerker erhöht.

Potsdam befindet sich in zwar langsamer aber stetiger Entwicklung. Außer einigen größeren Geschäftswerkstätten existiert hier auch eine Wagenfabrik, in der 11 Kollegen arbeiten. Während sonst im Reich das Organisationsverhältnis der Wagenfabrik am besten ist, ist das hier nicht der Fall, nur 4 Kollegen sind bei uns Mitglieder. Die Tariffrage, die der Inhaber der Firma ein sehr frommer Herr ist, hat auf einige Kollegen, die sonst für uns nicht zu haben waren, so eingewirkt, daß sie sich christlich organisiert haben. Die Mitgliederzahl stieg von 16 auf 40.

In Kriegenwalde wurde gleich am Beginn der Berichtsperiode ein schwerer Kampf um die Anerkennung der Organisation ausgefochten worden. Die faktisch bekannte Treibriemenfabrik Schwarz u. Co., deren Inhaber, Herrn Gziska, die Organisation seit je ein Dorn im Auge war, hatte ihren Betrieb von Berlin nach Kriegenwalde bei Fürstentum verlegt. Vor allem hatte es die Firma auf unsere Funktionäre abgesehen. Sobald es ihr zu Ehren kam, daß ein Kollege Vorsitzender, Kassierer oder Schriftführer war, wurde er entlassen. Darüber herrschte unter den gut organisierten Kollegen eine große Erbitterung, und als am 2. Oktober 1912 abermals der Vorsitzende und der Kassierer entlassen wurden, legten sämtliche Kollegen bis auf zwei die Arbeit nieder. Der Streit mußte jedoch, da Herr Gziska sich zu keinerlei Verhandlungen herbeiließ und die meist jüngeren Kollegen fast alle abgereist waren, nach fünfwöchiger Dauer abgebrochen werden. Eine Betriebsversammlung, die Schreiber dieses zusammen mit den Textil- und Lederarbeitern einberief, war infolge der Drohungen und Einschüchterungen des Herrn Gziska nur schwach besucht, so daß wir uns in Zukunft auf die Hausagitation beschränken müssen, um die Scharte auszuweihen.

In Müllrose haben wir einen kleinen Stamm von Mitgliedern. Die dortigen Kollegen haben sehr unter der Lehrlingsgünsterei der Firma Zeugner, Koffer- und Reisartikelfabrik, zu leiden. Neben 15 Kollegen, von denen 11 unserer Organisation angehören, beschäftigt die Firma noch 12 Lehrlinge, und ist es dadurch unsern Kollegen sehr erschwert, an eine Verbesserung ihrer Lage zu denken.

In Landsberg a. W. gelang es dem Gauleiter, nach dreimaliger Anwesenheit daselbst dem Verband nach und nach 11 Mitglieder zuzuführen, so daß wir dort in Kürze eine Zelle errichten werden. Leider sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Gehirz- und Kofferfabrik von Koberstein, wo unsere Mitglieder sämtlich beschäftigt sind, überaus schlecht. Hier herrscht bei einem wöchentlichen Verdienst von 18 bis 21 M. noch eine tägliche Arbeitszeit von 11 Stunden, und wollen wir hoffen, daß es uns gelingt, in absehbarer Zeit eine Besserung dieser Zustände herbeizuführen. Ein wiederholter Versuch, die Kollegen der Treibriemenfabrik von Leichter in Guben, wofolb 8 Sattler und 7 Hilfsarbeiter beschäftigt sind, dem Verband zuzuführen, schlug fehl. Die dortigen Kollegen sind jedenfalls der Meinung, daß es ihnen noch viel

schlechter gehen muß als jetzt, ehe sie den Weg zur Organisation finden. Mehrere Agitationsversuche in der übrigen Niederlausitz, in Cottbus, Forst und Frankfurt, hatten das gleiche negative Resultat; nur in Frankfurt konnten zwei Aufnahmen gemacht werden. Allerdings ist, wie festgestellt wurde, in diesen Orten nur eine geringe Kollegenzahl bei Klammern beidseitig. Eine zweimalige Tour nach Eberswalde brachte uns eine Aufnahme von 5 Mitgliedern.

Ueber Rathenow ist Besonderes nicht zu sagen. Die Mitgliederzahl daselbst stagniert und betrug am Schluß des Jahres 7.

Stettin hatte in der ersten Hälfte der Berichtszeit eine dort noch nicht gefante Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, und war deshalb die Agitation sehr erschwert. Anlässlich der Lohnbewegung der Gehilfenarbeiterschaft der Firma Stöwer, Automobilfabrik, waren von unserer Seite 38 Kollegen beteiligt. Als Resultat dieser Bewegung kam eine 10prozentige Erhöhung des Stundenlohnes und eine Arbeitszeitverkürzung von 10 Minuten pro Tag zustande. Die Mitgliederzahl erfuhr trotz des schlechten Geschäftsganges eine Steigerung von 60 auf 66. Die Agitationsstätigkeit der Stettiner Kollegen in der Provinz war nicht von besonderem Erfolg. Leider fehlte es den dortigen Kollegen an der nötigen Zeit, um eine mehr persönliche Agitation in den Provinzorten entfalten zu können, und wird sich die Gauleitung selbst im laufenden Jahr eine intensivere Agitation angelegen sein lassen.

Danzig war bei Beginn der Berichtszeit nur noch dem Namen nach Zelle. Leider hatte auch die Agitation des Gauleiters während seines dortigen Aufenthaltes im vorigen Sommer nicht den gewünschten Erfolg, und wurde deshalb die Zelle aufgehoben. In Danzig und Vororten sind in einer Reihe kleineren Betrieben gegen 40 Kollegen beschäftigt. Da aber dieselben fast ausnahmslos darauf hoffen, in der dortigen Artilleriewerkstatt unterzukommen, halten sie den Anschluß an die Organisation für schädlich.

Auf die weiteren bei der Agitationstour nach Ost- und Westpreußen erzielten Ergebnisse gehe ich nicht ein, da dieselben in Nr. 27 der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ ausführlich geschildert worden sind.

Die Zelle Königsberg hat sich nach dem schweren Kampfe von 1908 so ziemlich erholt, wenn auch der damalige Mitgliederbestand noch nicht erreicht ist. Aber ging auch damals der Kampf verloren, so haben doch die Unternehmer Respekt vor uns bekommen, so daß sie es bald auf einen derartigen Kampf nicht mehr ankommen lassen werden. Um aber auch überhaupt uns gegenüber gewappnet zu sein, haben sich sämtliche Meister des Ostens im Mai 1913 in ihren Innungen zu einem Ostdeutschen Innungsverband zusammengeschlossen. sich ein eigenes Organ zugelegt sowie einen eigenen Arbeitsnachweis für den gesamten Osten errichtet. Einen schweren Stand hat die Zelle nicht bloß durch das schon geschilderte Abwandern der älteren Mitglieder, sondern auch durch den ständigen Zustrom junger, kaum angelernter Kollegen aus der Provinz, und heißt es noch mehr als anderswo auf dem Posten sein, um die Organisation hochzuhalten. Da im Jahre 1912 eine allgemeine Lohnbewegung durchgeführt und pro Stoff und Stunde eine Lohnhöhung von 5 bis 8 Pf. erreicht wurde, kam es 1913 nur bei 3 Firmen zu einer Lohnbewegung. Bei der Militärrüstungs- und Zellfabrik von Vennowitz kam es wiederholt zu Differenzen, dieselben wurden aber alle ohne Arbeitsniederlegung geschlichtet. Bei einer größeren Arbeit konnte durch Verhandeln ein Mehrerwerb von 5,40 M. für den einzelnen pro Woche herausgeholt werden. Allerdings, ein Tarifvertrag kam nicht zustande. Diese Firma macht der Verwaltung viel Arbeit. Die Kollegen, meist ganz jung vom Lande herzugekommen, fliegen dort rein und raus wie in einem Taubenschlag, und deshalb liegen auch dort fast ständig Differenzen vor. Bei den Firmen Denck und Niemann verlief die Bewegung ebenfalls zu unseren Gunsten. Erreicht wurde dort eine Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche und eine Lohnhöhung von 4 Pf. pro Stunde, desgleichen ein Zuschlag für Überstunden von 10 Pf. die Stunde. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 54 auf 63.

Neben dem Besuch sämtlicher Verwaltungsstellen, außer Brandenburg, durch den Gauleiter wurden von diesem außer einer zehntägigen Agitationstour nach Ost- und Westpreußen noch 14 kleinere Agitationsreisen unternommen.

Wie aus vorliegendem Bericht ersichtlich, hat es uns an Arbeit nicht gefehlt. Es kann aber nicht davon die Rede sein, daß uns Verfall und Ergebnis der Agitation im Gau befriedigte, im Gegenteil, es bleibt ein ziemlich deprimierendes Gefühl zurück, daß nach all der Arbeit, die geleistet wurde, kein besseres Resultat zu erreichen war. Die Schuld daran liegt nicht am Gauleiter und den wenigen, die tatkräftig mitgearbeitet haben, sondern an den zurückgebliebenen Berufsverbänden des Gaus und dem Indifferentismus der uns noch fernstehen-

den Kollegen. Aber noch ein anderer Umstand ist an den wenig beirredigenden Organisationsverhältnissen des Gaus schuld: der überaus große Wechsel der Gauleiter. Mein anderer Gau unserer Verbandes hat einen solchen Wechsel der leitenden Personen zu verzeichnen wie der Gau Berlin. Während der Gau Leipzig 2. nach sechsjährigem Wechsel der Gemeinleitung noch seinen ersten Gauleiter hat, ist der Gau Berlin schon vom höchsten angelangt. Aber auch dieser ist schon wieder dabei, sein Bündel zu schnüren. Denn nach dem Gegenständigkeitsvertrag mit den Tapezierern wurde von dem Unterzeichneten der Uebertritt zum Tapeziererverbande gefordert, und mußte er deshalb das Amt als Gauleiter niederlegen. Es war aber im Interesse der weiteren Entwicklung des Gaus zu wünschen, daß kein so häufiger Wechsel in der Leitung der leitenden Stellen des Gaus eintreten möchte, da ein solcher eine systematische Parteinestaltung unmöglich macht und die Interessen der Organisation darunter leiden.

Alles dies aber sowohl unsern Funktionäre wie alle übrigen Mitglieder im Gau nicht abhalten, den Indifferentismus unter ihren Kollegen zu bekämpfen und unablässig für die so notwendige weitere Ausbreitung der Organisation noch mehr als bisher tätig zu sein.

Die Gauleitung: J. A. Hob. Brenzel.

Aus den Jahresberichten der Ortsverwaltungen.

Stettin. Das Jahr 1912 schleppte sich bei klarem Geschäftsgang und vermindernden Arbeitskräften mühsam zu Ende. Aber auch das neue Jahr ließ den in der Autobranchen Beschäftigten wenig Gutes hoffen. Mitte Januar wurden noch mehrere Kollegen entlassen, welche schon sieben Wochen feierten und auf die Wiedereinstellung warteten. Auf Mitarbeiterbeschäftigung zu erhalten, war unmöglich, da der einzige Unternehmer die Autofabrikler beschäftigte, weil er befürchtete, daß diese mit den von ihm gezahlten „horrenden“ Affordpreisen nicht einverstanden sein würden. Die Treibriemenfabrik waren auch nicht wegen günstiger Konjunktur zu benehden. Trotzdem erreichten sie durch allgemeines Vorgehen eine kleine Lohnaufbesserung. Diese wurde später durch Entlassung der betreffenden Kollegen wieder illusorisch gemacht. Der klare Geschäftsgang in der Autobranchen im Zusammenstoßen mit der Einführung eines neuen Typs sollte dem Unternehmer dazu dienen, den Kollegen Affordpreise nach seinem Willen zu diktieren. Nach wochenlangem Hinhalten und mehrmaligen Verhandeln gelangten die von den Kollegen ausgearbeiteten Affordpreise zur Annahme. Das einmütige Verhalten der Kollegen mußte dem Betriebsleiter wohl sehr auf die Nerven gefallen sein. Der vermeintliche Heber seiner Niederlage sollte seine Made süßen und wurde nicht wieder eingestellt, trotzdem eine Reihe nicht eingearbeiteter Kollegen eingestellt wurden. Die Gehilfenarbeiterschaft der Autofabrikation stand zu dieser Zeit in einer Lohnbewegung und nahm unsere Organisation an den Beratungen regen Anteil. Der wesentlichste Erfolg war: 10prozentige Erhöhung des Stundenlohnes, 5 Minuten Mittpause mittags und abends sowie Verdrückung der älteren, verheirateten Arbeiter, wenn Entlassungen notwendig werden.

Die in der Autobranchen beschäftigten Kollegen erreichten hier im 2. und 3. Quartal die höchste Ziffer. In der letzten Septemberwoche wurden plötzlich eine Anzahl Kollegen entlassen. (Die oben erwähnte Vereinbarung fand hierbei Anwendung.) Die Arbeitszeit wurde auf 7 1/2 Stunden täglich reduziert. Zwei Wochen vor Weihnachten setzte dann wieder volle Arbeitszeit ein, um damit das Jahr zu beschließen.

Infolge des Werftarbeiterstreiks mußten zwei unserer Kollegen gleichfalls feiern. Die Einnahmen und Ausgaben sind gegen das Vorjahr wenig verändert, soweit Beiträge und Arbeitslosen- resp. Krankenunterstützung in Frage kommen. Auch der Mitgliederbestand ist fast derselbe geblieben. Das alte Jahr schloß mit 69 Mitgliedern. Während die Zahlen in den einzelnen Quartalen schwankten, waren am Schluß des Jahres 66 Mitglieder vorhanden. Die Kleinbetriebe am Orte boten wenig Gelegenheit zum Organisieren. Die Verwaltung beschränkte sich darauf, die vorhandenen Mitglieder näher mit den Ideen der Organisation vertraut zu machen und die Interessen derselben zu fördern.

Die Versammlungen waren im Durchschnitt zufriedenstellend besucht. Damit soll nicht gesagt sein, daß es damit nicht besser zu werden braucht. Dasselbe gilt von der Beitragszahlung. Nur einige Kollegen glauben erst dann zahlen zu müssen, wenn sie „crashhaft“ gemacht werden. Die geistlichen Versammlungen des Jahres erfreuten sich guter Teilnahme und brachten der Lokalfasse einige Ueberschüsse. Auch hier könnte es noch besser sein. Für die Bildungsarbeiten fehlte in diesem Jahr das Interesse gänglich, denn keine Werbung zu den

Unterrichtsfurten war zu verzeichnen. Inwiefern die Tätigkeit der Ortsverwaltung für die Mitglieder derselben und die Gesamtorganisation im verhältnismäßig großen von Nutzen gewesen ist, überlassen wir hiermit dem Urteil der Kollegen.

Sitzung der Schlichtungskommission der Berliner Militärbranche

am 9. Februar 1914.

Das Ergebnis der Schlichtungskommissionssitzung vom 11. Januar 1914 zeitigte neue Streitfälle. Die Herren Wiedermann und Beder verweigerten für mehrere Artikel die Nachzahlung, weil angeblich kein Vorbehalt angemeldet war. Die Arbeiter geben zu, daß bei den Chefs dieses nicht geschehen ist, jedoch bei den Meistern; diese bestritten wiederum, daß die Gesellen bei ihnen Vorbehalt angemeldet hätten; die beiden Meister waren in der Sitzung nicht anwesend. Da jede Partei auf ihrem Standpunkt beharrt, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Einig war man jedoch darin, daß es wünschenswert sei, wenn die nächste Sitzung, unter dem Vorsitz eines Gewerkschafters, Nichtmilitär für die Frage des Vorbehalts aufstellen würde, um derartige Streitigkeiten zu vermeiden.

Die Arbeiter der Firma Beder erlitten um Erhöhung des Preises der Tragegeräte für Kolonialtruppen; der angebotene Preis von 45 Pf. ohne Aufseimnetzen und Nüchternitätsknäpfe sei zu gering. Die Einzelberechnung ergab einen Gesamtpreis von 57 Pf., der nach einigem Widerspruch der Arbeiter zur Annahme gelangte.

Für die Arbeitgeber:
Gustav Reinhard, Alwin Lillig, Otto Sindel, Hugo Strauß.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die Heiseffektensattler bei der Firma Lohmann-Vielsfeld haben ihre Tarifbewegung mit Erfolg beendet. Ueber Einzelheiten werden wir in der nächsten Nummer berichten.

Der Streik der Messerfasser bei Zimmermann u. Waerten, Berlin, wird mit gewohnter Gemütsheiligkeit und Geschlossenheit fortgeführt. Streikbrecher haben sich nicht gefunden. Doch der Firma scheint in Berlin schon die Kasse ausgegangen zu sein. Dienstag, den 17. Februar, wurde der Berliner Betrieb völlig aufgelöst und nach Weiden verlegt. Damit ist der unzweideutige Beweis erbracht, daß dieser Zweigbetrieb der Firma Zimmermann u. Waerten gehört. Die Sperre muß von allen Kollegen beachtet und Zugang streng ferngehalten werden.

Ergebnis der Pariser Militärfattler. In Nr. 5/1914 haben wir die Vorgeschichte des Militärfattlerstreiks in Paris veröffentlicht und daran die Stimmung geknüpft, daß es unseren Kollegen in Paris bald gelingen möge, ihn auch erfolgreich zu Ende zu führen. Dies ist auch eingetroffen. Es wurde die dreitägige Arbeitswoche mit dem freien Samstagnachmittag eingeführt. Vom 15. April ab werden die Butanen vom Unternehmer geliefert, die Stundenlöhne sind aufgebessert und alle Streifen und Ausgesperrten werden wieder eingestellt. Die Militärfattler haben den ihnen aufgesetzten Kampf unter selbstloser Aufopferung zum erfolgreichen Ende geführt. Hoffentlich bauen sie ihre Organisation aus, zahlen solche Beiträge, daß den Unternehmern die Luft vergeht, nochmals solch Längchen zu wagen.

Aus unserem Beruf.

Lohnende Gewinnbeteiligung in einer amerikanischen Automobilfabrik. Eines der bemerkenswertesten Experimente auf industriellem Gebiete ist dieser Tage von der Ford Motor Company in Detroit, Michigan, proklamiert worden. Henry Ford war einmal ein armer Grobchmied. Er ist heute ein dreißig- oder vierzigfacher Millionär. Er besitzt in der Ausbeutung einiger sehr lukrativer Patente, ein förmliches Monopol auf die Herstellung eines gewissen billigen Automobils. Den Reinertrag seines Unternehmens schenkt er für das laufende Jahr, abzüglich angemessener Dividenden, der nötigen Summen für die Ausdehnung seiner Anlagen und für die Konstruktion von Zweigfabriken über das ganze Land, auf 10 Millionen Dollar. Henry Ford will nun diese 10 Millionen Dollar in Form von Gewinnbeteiligung an seine Arbeiter und Angestellte verteilen, und zwar nicht etwa erst am Ende des Jahres, nach erfolgter Abrechnung, sondern in halbmonatlichen Raten an die 22.000, oder, da 4000 Mann neu eingestellt werden, an 26.000 Arbeiter. Der Minimal-Tageslohn aller Arbeiter, die über 22 Jahre alt sind oder die Familien besitzen, die von ihnen abhängen, ist auf 5 Dollar festgesetzt (über 20 Men.), und zwar ohne Berücksichtigung ihrer Tätigkeit. Dadurch wird der Tageslohn für Gelehrte auf ungefähr 30 Mk., für Ungelernte auf 20 Mk. ge-

bracht. Weibliche Angestellte erhalten eine Lohnerhöhung, nehmen an dem Bonus aber nur teil, wenn sie eine Familie zu erhalten haben. Die tägliche Arbeitszeit ist von neun Stunden auf acht reduziert. Neben diesen Bestimmungen ist die Einrichtung eines „sozialistischen Departements“ angeordnet, welches die Lebensweise der „Arbeiter-Partner“ zu überwachen hat. Diejenigen Leute, die ihren Anteil in ungebührlicher Weise verwenden, sollen unermäßig ihrer Teilhaberschaft verlustig gehen. An und für sich ist die Art und Weise, wie der einstige Grobchmied seine überschüssigen Millionengewinne verwenden will, höchst merkwürdig. Die Geschäftsführung der Ford Motor Company erklärt, daß sie mit ihrer Gewinnverteilung ein Beispiel setzen wollte, das hoffentlich auch von anderen Firmen befolgt wird. Die Automobilfabrikanten, soweit aus einer von einer New Yorker Zeitung unternommenen Umfrage hervorgeht, sind von diesem Vorgehen arg verärgert und behaupten, daß die Ford Company in ihrer Industrie ein ganz besonderes Feld beherrsche und infolge ihrer unermesslichen Profite instände sei, Gerechtigkeit und Philantropie in einer Weise zu verquicken, die für andere Fabrikanen unmöglich sei, weil sie mit Konkurrenzern zu rechnen hätten, während die Ford Company konkurrenzlos dastünde. Es würde ihnen nichts anderes übrig bleiben, als ihre Fabriken zu schließen, wenn sie gezwungen wären, einen Minimal-Tageslohn von 5 Dollar zu zahlen, einen Gewinnverteilungsplan, der den Ford'schen auch nur im entferntesten ähnlich wäre, zu adaptieren und die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden zu beschränken. Sie befürchten ferner, daß das Ford'sche Programm erhebliche Störungen im Arbeitsmarkte zur Folge haben werde.

Scharfmacherische Tendenzen in der Stuttgarter Automobilindustrie. Mit dem 31. März laufen die Tarifverträge in der Stuttgarter Automobilindustrie ab. Die Firmen Auer und Reutter sind dem Metallindustriellenverband beigetreten und haben erklärt, auf Grund der Satzungen könne das Vertragsverhältnis nicht mehr erneuert werden. Dieser Verband hat auch anfangs dieses Jahres einen eigenen Arbeitsnachweis errichtet. Den Arbeitern wurde dies durch Robrifan'schlag bekanntgegeben. Eine Interpellation der sozialdemokratischen Vertreter in dieser Angelegenheit im Stadtparlament wurde einer Kommission überwiesen. Auch im Landtage brachte Genosse Mattuat dies Vorgehen der Metallindustriellen zur Sprache. Der Minister bezeugte daselbst als eine unerfreuliche Erscheinung, die jedoch durch die Förderung auf Einführung einer staatlichen Arbeitslosenunterstützung hervorgerufen sei. Unseren Kollegen mögen diese Vorgänge eine Mahnung sein, ein wachsameres Auge auf ihre Rechte und bisherigen Erwerbsmöglichkeiten zu haben.

Aus Industrie und Handel.

Der Aufschwung der Automobilindustrie. Ueber die Entwicklung der Kraftfahrzeugindustrie gibt die Produktionsstatistik Auskunft, welche das Reichshandelsamt soeben in einem Ergänzungsheft zu den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches veröffentlicht. Die Statistik erstreckt sich auf die Zeit vom Jahre 1901 bis 1911. Der nachfolgende Auszug aus dieser Statistik bezieht sich nur auf die eigentliche Kraftfahrzeugindustrie. Nicht mitgezählt sind hier die Betriebe, welche ausschließlich Motorboote, Luftschiffe und Flugmaschinen herstellen. Ebenso sind die Betriebe außer Betracht gelassen, die lediglich Motoren für Kraftfahrzeuge aller Art herstellen.

	1901	1903	1906	1909	1910	1911
Zahl der Betriebe	12	18	34	58	58	59
Zahl der beschäftigten Personen einschließlich der Angestellten Betrag der Löhne und Gehälter (Millionen Mark)	1779	3084	11439	18046	20311	28572
Wert der hergestellten Rohstoffe, Halb- und Ganzfabrikate (Millionen Mark)	2,2	4,8	15,9	23,1	31,4	42,0
Wert der hergestellten fertigen Waren (Millionen Mark)	2,6	6,7	26,2	36,0	52,9	74,7
Jahreserzeugung an Kraftfahrzeugen (Stück)	41	2091	2923	3703	3822	5901
Jahreserzeugung an Kraftfahrzeugen (Stück)	—	—	—	—	986	1079
Jahreserzeugung an Kraftwagen und Unterwagen (Stück)	884	1450	5218	9444	13115	16939
davon Personenwagen bis 6 Pferdekräfte (Stück)	481	217	1356	4029	4943	5005
ab 6 bis 10	806	598	873	2422	4979	6812
ab 10 25	37	408	1490	1568	2355	2785
ab 25	21	89	1177	464	321	475
Kraftwagen	39	140	352	723	1121	1912

Diese kleine Tabelle zeigt, welche tiefsten Aufschwung die Automobilindustrie in wenigen Jahren genommen hat. Bei näherer Betrachtung gibt sie aber auch, wie die „Volkswagen-Zeitung“ bemerkt, einige weitere interessante Aufschlüsse. Die Löhne der Arbeiter in dieser Industrie sind in den 11 Jahren beträchtlich gestiegen. Im Jahre 1901 kamen an Löhnen und Gehältern im Durchschnitt auf den Kopf

1240 Mk., im Jahre 1911 aber 1580 Mk. Da aber hier die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten zusammengefasst sind, also auch beispielsweise die oft sehr glänzenden Bezüge der Direktoren in der Lohnsumme mitgezählt wurden, lassen diese Ziffern keinen rechten Schluss auf die Bewegung der Arbeiterlöhne zu.

Dagegen ergibt sich aus der Tabelle, daß die Profite der Unternehmer bzw. der Aktionäre sich prächtig entwickelt haben. Nicht man den Wert der verarbeiteten Rohstoffe usw. von dem Wert der erzeugten Waren ab, dann findet man, daß in den Kraftfahrzeugfabriken im Jahre 1901 Werte in Höhe von 3,1 Millionen erzeugt wurden. Im Jahre 1911 betrug die erzeugten Werte 78,4 Millionen. Im Jahre 1901 mußten zur Gewinnung von 3,1 Millionen Werte 2,2 Millionen Löhne und Gehälter aufgewendet werden, oder 0,709 Millionen Löhne und Gehälter zur Erzielung von 1 Million Werte. Im Jahre 1911 hat man aber schon billiger produziert; jetzt genügen 0,534 Millionen Arbeitslöhne, um 1 Million Werte zu erzeugen. Die Verbilligung der Produktion bedeutet natürlich eine Steigerung des Profits der Unternehmer. Der Verlauf des Aktienkurses der Automobilindustrie ist also recht einträglich.

Korrespondenzen.

München. (E. 14. 2.) Am 24. Januar fand unsere ordentliche Generalversammlung statt. Leider läßt sich von einer solchen, und wenn sie noch solange dauert, sehr wenig schreiben. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß zwei Lohnbewegungen ohne Arbeitsentlassung geführt wurden; der Erfolg war ja in dem einen Falle größer als in dem anderen. Daß wir im Zeichen einer Krise standen, zeigen die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung, welche noch nie eine solche Höhe erreichten. Die Zahl der abgereiften Kollegen übertraf die der zugerufenen um 41, zum Militär sind ebenfalls 16 Kollegen mehr eingerückt als zurückkamen. Die natürliche Folge ist eine Verminderung der Kollegen in München überhaupt, und trotz aller Aufregungen konnten wir nicht verhindern, daß der Mitgliederstand der männlichen Kollegen allein um 5 zurückkam. Der Rückgang der Arbeit trat zum großen Teil in der Privatmilitärbranche und im Wagen- und Automobilbau zutage.

Ein erfreuliches Bild zeigt unsere Lokalkasse, welche im letzten Jahre allein ein Mehr von über 900 Mk. aufweist; nur so weiter, und unser Fonds wird Anlaß sein, kämpfen in der Zukunft geteilt entgegenzutreten, denn die Solidarität, zur Seite recht viel „Mies“, macht uns Arbeiter unüberwindlich.

Die Neuwahl brachte eine Veränderung in der Vorstandsschaft, da es dem L. Vorstehenden nicht mehr möglich ist, sein Amt weiterzuführen und er schon lange Jahre nicht mehr im Berufe tätig ist. Das Nachfolgende wurde nun erwählt: die Münchener Kollegen wählten wieder den Kollegen Wöl, welcher 1 1/2 Jahre Zeit hatte zum Ausruhen und nun wieder mit neuer Kraft unsere Geschäfte leiten kann. Alle Münchener Kollegen werden einig sein in der Ansicht, daß der scheidende Vorstehende in den 1 1/2 Jahren seiner Tätigkeit Zeit und Mühe nicht schenkte, wenn es hieß, im Dienste und zum Besten der Kollegen zu arbeiten und befriedigt können wir an die Zeit denken, da uns ein alter Kollege aus der Grampschzeit eine Weile leitete.

Allen Münchener Kollegen aber rufen wir zu, daran zu denken, daß wir in diesem Jahre schwere Kämpfe zu erwarten haben. Nichts werden sie uns anhaben können und siegreich werden wir alles zu Ende führen, wenn ihr uns folgt.

„Seid einig!“

Chemnitz. (E. 16. 2.) Eine lebhafteste Debatte setzte in unserer Versammlung vom 7. Februar beim zweiten Punkt der Tagesordnung: „Verus“ ein. Die Chemnitz'er Koltschimme veröffentlichte am 3. Februar einen Artikel über: „Die Tarifgemeinschaften in Chemnitz“. Darin heißt es: „Das soeben vom Kaiserlich Statistischen Amt (Abteilung für Arbeiterstatistik) herausgegebene Ergebnis der Erhebung über die Tarifverträge im Deutschen Reich enthält auch Angaben über die Tarifgemeinschaften in den Großstädten. Darans ist zu ersehen, daß zu Beginn des Jahres 1913 in Chemnitz 72 Tarifverträge bestanden. Darunter: „Leber-2“. Die tariflich vereinbarte Arbeitszeit ist bei Leber mit 9 Stunden angegeben. Unter der Rubrik „niedrigste Vertragslöhne“ stehen die Niemer und Sattler mit 45 Pf. Stundenlohn. Da aus den Angaben „Leber“ es schwer zu ersehen ist, ob es für unseren Beruf gilt, so sind doch die letzteren Angaben klar und deutlich. Diese Angaben stimmen aber nicht. Bürgermeister Süßmann würde sie vielleicht als richtig anerkennen, denn in einer der letzten Stadtvorordnetenitzungen erklärte er, daß er nur den amtlichen Statistiken Vertrauen schenkte, aber nicht denen von privater Seite. Die Sattler von Chemnitz haben leider das Gegenteil erfahren müssen. Ein Tarifvertrag be-

sieht mit den Meistern überhaupt noch nicht. Ob die Lederarbeiter oder Schuhmacher die zwei Verträge abgeschlossen haben, wird hier bezweifelt. Ebenso zweifelhaft ist die Festsetzung der täglichen Arbeitszeit. Der Mindestlohn von 45 Pf. für Niemand und Sattler entspricht nicht der Wahrheit, denn wir wären froh, wenn unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen so geregelt wären, wie sie der Öffentlichkeit preisgegeben werden. Die Mieter- und Sattlermeister müssen schon Angaben gemacht haben, denn wie sollte das Kaiserlich Statistische Amt zum tariflich festgelegten Stundenlohn von 45 Pf. kommen. Bei der Gesellenauskunft vom 31. Januar war ein Kollege anwesend, welcher wöchentlich 96 Stunden arbeitet und dafür den horrenden Lohn von 16 M. erhält, das macht die Stunde reichlich 21 Pf. Das steht ja nun alles im Widerspruch zu einander. Eine eingebrachte und angenommene Resolution beauftragt den Vorstand, bei den maßgebenden Stellen Widerspruch zu erheben, damit den Sattlern das Geld nicht so künstlich in die Taschen kommt.

Rundschau.

Der Reichstag hat wohlgeachtete zwanzig Tage zur zweiten Beratung des Etats des Reichsamts der Zünfte gebraucht, vermochte aber am zwanzigsten Tage nicht mehr die Abstimmungen über die noch zu erledigenden Resolutionen vorzunehmen. Diese Entscheidungen sind erst am 17. d. M. gefallen. Die umfangreichste Resolution war die der Abg. Ablaß und Genossen, die das Arbeitsverhältnis der in den Staatsbetrieben tätigen Arbeiter geregelt wissen will unter gleichzeitiger Preisgabe des Streikrechts. Die Resolution fand im Hause keine Unterstützung. Im übrigen kamen nur noch sozialdemokratische Resolutionen zur Abstimmung. Nr. 1274 verlangt von der Regierung, daß sie auf der Internationalen Konferenz, die im Herbst 1914 in Bern stattfindet, um den Abschluß internationaler Vereinbarungen über den Schutz der Jugendlichen und Arbeiterinnen vorzunehmen, u. a. dahin wirkt, daß das Schularbeit für Jugendliche auf das 18. Lebensjahr ausgedehnt und für Jugendliche die Nachtarbeit verboten wird. Nr. 1276 verlangt ein Gesetz, das die Arbeitszeit und Ruhepausen für alle Angestellten im Gastwirtschaftsgewerbe regelt. Nr. 1282 verlangt ein Gesetzesvorlage betr. das Arbeits- und Vertragsverhältnis der Binnen-schiffer und Köcher. Nr. 1285 ist der bedeutsamste Antrag: er verlangt eine Vorlage, wodurch alle das Koalitionsrecht einschneidenden Bestimmungen aufgehoben werden. Außerdem soll jede Abrede nichtig sein, wonach der Dienstverpflichtete gezwun-

gen wird, bestimmten Organisationen beizutreten, oder gezwungen wird, bestimmten Organisationen nicht beizutreten oder aus ihnen auszuscheiden. Die Resolutionen Nr. 1274, 1282 und 1285 wurden abgelehnt. Die bürgerlichen Parteien haben Farbe bekant: für wirklich volles Koalitionsrecht ist nicht eine einzige zu haben!

Bücherschau.

Denkschrift zur Arbeitslosenversicherung. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat ihre erstmalig 1911 erschienene Denkschrift über die Arbeitslosenunterstützung in Reich, Staat und Gemeinde im erweiterten Umfange neu herausgegeben. Die neue Auflage enthält eine Vervollständigung der gewerkschaftlichen Statistik für die Jahre 1910 bis 1912, die Beschlüsse des Deutschen Gewerkschaftskongresses zu Dresden (1911) und die seit dem Jahre 1911 in Kraft getretenen Gesetze und städtischen Satzungen, die sich auf die Arbeitslosenversicherung beziehen, so das englische Versicherungsgesetz 1911, sowie die Satzungen von München, Stuttgart, Göttingen, Schwäbisch-Gmünd, Kaiserlautern und Mannheim und die umgestalteten Satzungen der Kölner städtischen Rückversicherungskasse im vollen Wortlaut.

Die Denkschrift geht den Regierungen, Parlamenten und den Gemeindeverwaltungen und Vertretungen der größeren Städte zu. Sie enthält vorzügliches Material zur Einführung der Arbeitslosenversicherung in den statistischen Unterlagen der deutschen Gewerkschaften; die Anlagen umfassen zwei Resolutionen, fünf Landesgesetze, 16. Gemeindefestsetzungen und einen Entwurf. Sie vertritt den Standpunkt des Genter Systems, d. h. der Gewährung öffentlicher Zuschüsse an Arbeitslosenunterstützung tragende Gewerkschaften und der Schaffung von Ersparnissen für Nichtorganisierte und Nichtversicherte. Dieses System liegt der dänischen, norwegischen, französischen und baltischen Arbeitslosenversicherung sowie den weitaus meisten der seither zu Einführung gelangten gemeindlichen Arbeitslosenversicherungen in Deutschland zugrunde und bildet auch die Voraussetzung für die durch die Regierung Vaperns beschlossenen Staatsbeiträgen für Gemeinden mit Arbeitslosenversicherung. Es ist zu erwarten, daß die stark anwachsende Arbeitslosigkeit eine große Anzahl von Gemeinden zu ähnlichen Schritten drängen wird. Zur Verwertung aller dahnzielenden Schritte wird die Denkschrift der deutschen Gewerkschaften den interessierten Kreisen gute Dienste leisten. Die Denkschrift, welche 144 Seiten Kanzenformat umfaßt, ist von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin S. C. 16, Engel-fer 15, zum Preise von 3 M. zu beziehen.

Bekanntmachung des Zentralverbandes.

In jeder Nummer unseres Verbandsorganes veröffentlichen wir einen Hinweis an die Kollegen, wonach sie vor Arbeitsannahme sich erst bei den Ortsverwaltungen erkundigen sollen. Das steht selbstverständlich voraus, daß die Ortsverwaltungen solche Anfragen auch beantworten, was, wie aus vielen bei uns eingegangenen Anlagen zu ersehen, nicht überall gechehen ist.

Der Stichtag für die Arbeitslosenzählung für den Monat Februar ist der 28. Februar. Die Ortsverwaltungen werden dringend erbeten, die arauen Verichtsarten bis spätestens Sonntag, den 7. März, einzuhändigen.

Wer den Aufenthaltsort des Mitgliedes **Friedrich Lehberg** (Buchnummer 6074), geb. 31. 10. 1863 in Galt, zuletzt in Bremen anwählig, kennt, wird gebeten, die jetzige Adresse sofort an uns einzuliefern.

Verfallungskalender.

- Augsburg, Samstag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, „Wittelsbacher Hof“.
- Berlin, Generalversammlung Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 58, 59.
- Breslau, Sonnabend, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Göttingen, Sonnabend, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr.
- Düsseldorf, Samstag, den 28. Februar, abends 9 Uhr, Majerenstr. 65.
- Essen a. d. Ruhr, Samstag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, „Eiffelturm“.
- Halle a. d. S., Sonnabend, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, „Volkspark“.
- Hamburg, Donnerstag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Kassel, Freitag, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Graben bei Sommer.
- Oberneuland, Sonnabend, den 28. Februar, abends 8 Uhr, Vertholds Restauration.
- Striegau, Dienstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, „Kirst Bismard“.
- Heterfen, Sonnabend, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, „Schippmanns Herberge“.
- Karlsruhe, Sonnabend, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, „Hof von Lindenburg“.
- Kerbau, Sonnabend, den 28. Februar, abends 8 Uhr, „Poppendüne“.



Bekanntmachung

betreffend die Wahlen der Vertreter und Ersatzmänner zum Ausschuss der Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Auf unser Wahlaufrufen vom 17. 1. 14 sind von seiten der Arbeitgeber sowohl wie der Versicherten nur je ein Wahlvorschlag der Vertreter und der Ersatzleute zum Ausschuss eingereicht und diese vom Vorstand gemäß § 8 der Wahlordnung als gültig anerkannt worden. Gemäß § 9 a. a. O. gelten die darin verzeichneten Personen als gewählt, und zwar mit der Maßgabe, daß die in der Liste der Arbeitgeber von 1-30 bezeichneten Personen als Vertreter, die von 31-60 bezeichneten als Ersatzmänner, die in der Liste der Versicherten von 1-60 bezeichneten als Vertreter, die von 61-180 als Ersatzmänner zum Ausschuss zu gelten haben.

Die Wahlvorschläge liegen zur Einsicht der Beteiligten im Kassenlokal während der Geschäftsstunden aus und können Einsprüche gegen die Richtigkeit derselben bis zum 23. März 1914 beim Vorstand oder dem Versicherungsamt angebracht werden. Die für Sonnabend, den 7. März, und Montag, den 9. März, angelegten Wahlen finden nicht statt.

Berlin, den 21. Februar 1914.
 A. Gottesmann, Vorsitzender.
 Fr. Keese, Schriftführer.

Die in der Generalversammlung am 27. 1. 1914 beschlossene Krankenordnung hat am 3. Februar 1914 die Genehmigung des Versicherungsamtes erhalten und können Druckexemplare im Bureau der Kasse in Empfang genommen werden.

A. Gottesmann, Vorsitzender.

Verwaltungsstelle Berlin.

Jugend-Abteilung.

Sonnabend, den 28. Februar 1914

Verammlung

im Gewerkschaftshause, Engelster 15, vorn 2 Treppen, Zimmer 28:

Vortrag des Hrn. Saisendach:

Wanderungen durch Italien.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Jugend-Ausschuss.

Ortsverwaltung Magdeburg.

Sonnabend, den 14. März 1914

23. Stiftungsfest

im Lokal „Friedrichsplatz“, Leipziger Str. 52.

Tanz .: Unterhaltung .: Verlofung.

Eintritt 20 Pfennig.

Die werten Kollegen, nebst Damen und Bekannte, werden gebeten vollständig zu erscheinen.

Das Veranugungs-Komitee.

Süchtige Wagensattler

werden zu vertragsmäßigen Verbandslöhnen sofort in dauernde Beschäftigung gesetzt.

Hug. Nowak, Karofferie- und Wagenfabrik, Danzen i. Sa.

Karl Eichhoff, Berlin SO. 16, Neanderstr. 18

Spezial-Geschäft

für Sattler und Portefeuilier

empfiehlt seine Spezialartikel:

Reißerstärke, Buchbinder- und Lederleime, Lacke, Anilinfarben, Fischleim, Wienerpapp usw.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuilier und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63

Gegründet 1890.

Preislisten S. P. gratis und franko.

Sterbetafel.

Berlin. Am 8. d. Mts. verstarb der Treibriemensattler Julius Maibauer, 60 Jahre alt.

Heilbronn. Am 14. Februar verstarb unter langjähriges Mitglied Albert Schweizer im Alter von 28 Jahren.

Offenbach a. M. Am 14. Februar verstarb unter langjähriges Mitglied, der Portefeuilier Georg Kleckenstein, Bürger, im Alter von 38 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!